



Kinder, Kinder...

Was sich in den Kommunen tut
Best Practice-Modelle für die Stärkung
von Kindern und Eltern

Elisabeth Hoffmann

Städte und Gemeinden des Berichtes:

Babenhausen, Berlin, Bremen, Darmstadt, Denkendorf,
Düsseldorf, Ellern, Frankenberg, Frankenthal, Groitzsch,
Hamburg, Hanau, Heiligengrabe, Jena, Kaufbeuren, Köln,
Laer, Markt Rieden, Neiden, Queidersbach, Rheinböllen,
Rhein-Kreis-Neuss, St. Ingbert, Striegistal, Stuttgart,
Ueckermünde, Viereck, Zerrenthin

Konrad-Adenauer-Stiftung
Deckblattfotos mit freundlicher Genehmigung der
Stadt- und Gemeindeverwaltungen / Best Practice-Modelle
Kaufbeuren, Köln und Groitzsch
© 2006, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin
Alle Rechte vorbehalten
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Stiftung
Printed in Germany
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 3-939826-08-1

INHALT

Vorwort	3
I. Präventive Schutz- und Fördermaßnahmen für benachteiligte Kinder und deren Eltern	11
Prävention von Verwahrlosung und Misshandlung von Kindern	12
Projekt „Zukunft für Kinder“ Best Practice-Modell der Stadt Düsseldorf (NRW)	
Frühförderung von Kindern aus sozial benachteiligten Familien	17
Best Practice-Modell der Stadt Babenhausen (Bayern)	
Maßnahmen zur Behebung von Entwicklungsstörungen bei Kindergartenkindern	22
Projekt „prokita“ Best Practice-Modell des Rhein-Kreis-Neuss (NRW)	
Maßnahmen gegen Aggressivität und Gewalt in der Grundschule	26
Best Practice-Modell der Stadt Berlin	
Erfolgreiche Gewaltprävention an einer Hauptschule im sozialen Brennpunkt	31
Best Practice-Modell der Stadt Frankenthal (Rheinland-Pfalz)	
Flexible bedarfsorientierte Kinderbetreuung	36
Best Practice-Modelle der Städte Bremen, Darmstadt (Hessen), Ellern (Rheinland-Pfalz), Groitzsch (Sachsen), Kaufbeuren (Bayern), Laer (NRW), Jena (Thüringen)	
II. Reaktionen der Kommunen auf den demographischen Wandel	43
Begrüßungsgeld für Babys	44
Best Practice-Modelle der Städte Ellern (Rheinland-Pfalz), Frankenberg (Sachsen), Markt Rieden (Bayern), Nieden (Mecklenburg-Vorpommern), Queidersbach (Rheinland-Pfalz), Striegistal (Sachsen), Ueckermünde (Mecklenburg-Vorpommern), Viereck (Mecklenburg-Vorpommern), Zerrenthin (Mecklenburg-Vorpommern)	

Zuschüsse für den Erwerb von Wohneigentum	47
Best Practice-Modelle der Städte Denkendorf (Baden-Württemberg), Groitzsch (Sachsen), Hamburg, Heiligengrabe (Brandenburg), Kaufbeuren (Bayern), St. Ingbert (Saarland), Rheinböllen (Rheinland-Pfalz)	
III. Zukunftsmodelle: Neue Zeit-, Wohn- und Lebens- entwürfe	53
Zeitwohlstand für Familien	54
Projekt „Familiengerechtes Hanau – eine Stadt baut Zeitbrücken zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ Best Practice-Modell der Stadt Hanau (Hessen)	
Lebensqualität für Familien durch neue Wohn- und Lebensformen	59
Projekt „Stellwerk 60“ Best Practice-Modell der Stadt Köln (NRW)	
Fazit	62
Literaturverzeichnis	64
Die Autorin	66

Vorwort

1. Kommunen als Lebensraum von Eltern und Kindern

Die Kommunen sind der unmittelbare Lebensraum für Familien. Hier findet das Alltagsleben von Eltern und ihren Kindern statt. In den Kommunen leben zum einen Eltern, die erwerbstätig sind, am gesellschaftlichen Leben aktiv teilnehmen und somit das soziale und wirtschaftliche Rückgrat einer Gemeinde und Stadt bilden. Prosperierende **Familien sind die privaten Investoren in Kommunen** (Bertram, 2005). Zum anderen leben hier auch solche Familien, die aufgrund von Arbeitslosigkeit oder Integrations-schwierigkeiten weder am sozialen und kulturellen Leben des Gemeinwesens partizipieren, noch eine eigenständige Existenzsicherung aufweisen. Dies hat wiederum konkrete Folgen für die Kommunen, für ihre lokalen Institutionen und ihre finanzielle Lage.

Damit stehen Städte und Gemeinden vor zwei Herausforderungen: Zum einen müssen sie junge und leistungsstarke Familien gewinnen, zum anderen bedürfen die so genannten leistungsschwachen Familien der umfassenden Unterstützung bei der Stärkung ihrer Ressourcen.

Hinzu kommt eine in ihrer Dimension bis vor wenigen Jahren nicht wahrgenommene Entwicklung, deren Folgen sich vor allem im Osten Deutschlands bereits deutlich zeigen: Alterung und Schrumpfung der Gesellschaft spiegeln sich ganz konkret in den Kommunen wider. **Alterung, Geburtenrückgang und Abwanderung** stellen die Kommunen vor die Aufgabe, für eine immer kleiner und älter werdende Bevölkerung die Infrastruktur bei sinkenden Einnahmen aufrecht zu erhalten. Das bedeutet die **Schließung von Kindergärten, Schulen, Jugendzentren und die Frage nach der Aufrechterhaltung von Krankenhäusern und kulturellen Angeboten**. Bereits 2015 wird jede vierte Grundschule vor der Schließung stehen, es wird dann zwei Millionen Schüler/innen weniger geben als heute.

Aber nicht nur die neuen Bundesländer – mit Ausnahme ihrer Wachstumskerne um Berlin, Dresden und Jena –, sondern auch das Ruhrgebiet, das Saarland, Bremen und Gebiete entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze sind vom demographischen Wandel besonders schwer betroffen.

1.1 Kommunen sind auf junge Familien angewiesen

Eine der ganz großen Herausforderungen für Kommunen wird es sein, Familien nicht abwandern zu lassen, sondern als **Investoren und Leistungspotential** in der Gemeinde oder Stadt zu halten. Junge Familien sorgen an ihrem Wohnort für bürgerschaftliches Engagement, die Kinder stärken den Arbeitsmarkt, da sie Menschen brauchen, die ihnen beim Erwachsenwerden helfen: von der Lehrerin bis zum Schulbusfahrer. Als Berufseinsteiger beleben sie mit frischem Wissen die lokale Wirtschaft. Die Kommunen profitieren in ökonomischer Hinsicht von Steuererträgen und Gebühreneinnahmen.

2. Herausforderungen für Kommunen

2.1 Aktive Gestaltung des Wandels

Mit einer neuen, auf Familienfreundlichkeit ausgerichteten Politik zeigen einige Kommunen bereits, dass sie die Bedeutung von Familien als Investoren verstanden haben. In der Regel werden sie durch die Abwanderung von jungen Familien zu einer neuen Akzentsetzung bei politischen Entscheidungen veranlasst. Dies betrifft sowohl kleine Orte, wie das rheinlandpfälzische Ellern, kleine Städte wie Ueckermünde in Mecklenburg-Vorpommern und Großstädte wie München, wo der Anteil von Haushalten mit Kindern knapp unter 14 % liegt.

Städte wie München (Leitlinie „Kinder und Familienpolitik“, 2006) und Stuttgart beginnen damit, Familienfreundlichkeit als den zentralen Schwerpunkt kommunaler Politik zu definieren und dies in umfangreichen **Leitlinien** oder **Arbeitsprogrammen** („Kinderfreundliches Stuttgart“, 2004, 2006) festzuschreiben.

Initiative ergreifen Kommunen ebenfalls eigenständig durch die Schaffung **finanzieller Anreize** für junge Familien. Kleine Kommunen, insbesondere in den neuen Bundesländern, zeigen mit einem Geldgeschenk für Neugeborene, dass Familien bei ihnen willkommen sind.

Als höchst zugkräftig erweisen sich Zuschüsse für Familien beim Erwerb von Wohneigentum. Die Ergebnisse, wie z. B. in Denkendorf oder Kaufbeuren zeigen, dass Familien bei der Wahl ihres Wohnortes die finanzielle Unterstützung beim Erwerb oder Bau eines Hauses als ein wichtiges Argument betrachten. Die Gewährung solcher Fördergelder hängt nicht ausschließlich von der Größe und Finanzkraft einer Gemeinde ab, sondern auch vom **politischen Willen**, wie sich am Beispiel der brandenburgischen Kleinstadt Heiligengrabe zeigt. Das Motto des Bürgermeisters heißt dort: „Lieber zehn junge Familien an den Ort ziehen, als einen neuen Kreisel bauen“.

Die Interviews mit jungen Eltern belegen, dass das Angebot an **Betreuungs- und Bildungsangeboten oft den Ausschlag für die Wahl des Wohnortes gibt**.

Am Beispiel von Darmstadt und Laer zeigt sich, dass Familien dorthin ziehen, wo Kommunen für Kinder von 0 bis 12 Jahren ein ausreichendes Angebot an flexibler und bedarfsorientierter Kinderbetreuung schaffen. Generell gilt, dass die Anziehungskraft einer Kommune steigt, je umfassender das Angebot an familienfreundlichen Maßnahmen ist. So wie in Kaufbeuren, dessen breit gefächertes Familienförderprogramm bereits einige Führungskräfte aus München und Augsburg dazu veranlasste, sich dort niederzulassen.

Kommunen gewinnen auch an Anziehungskraft, wenn sie die Wünsche von Familien nach **innovativen Wohn- und Lebensformen** fördernd begleiten. Städte und Gemeinden beginnen zu erkennen, dass sich hier eine Möglichkeit bietet, der Stadtflucht von Familien und Verödung von Innenstädten entgegenzuwirken. Beispielsweise sucht das Kinderbüro in Stuttgart gerade eine geeignete Wohnimmobilie für drei junge Familien mit Kindern, die eine Familien-WG gründen wollen, um sich gegenseitig im Alltag zu unterstützen.

In Freiburg und Köln fördert die Kommune durch ihre Bauleitplanung den Wunsch von Familien nach generationenübergreifenden und umweltschonenden Lebens- und Wohnformen.

Die wichtige Rolle von Kommunen bei dem Gelingen solcher Lebensentwürfe zeigt sich schon daran, dass die Verwirklichung der meisten innovativen Wohnprojekte in der Vergangenheit am Widerstand von kommunaler Politik und Verwaltung scheiterte (Autofreie Wohnprojekte, 2006).

2.2 Familien in prekären Lebenslagen

Wenn es um **Qualitätssicherung der Arbeit von Institutionen** geht, werden sehr oft nicht die Kommunen selbst aktiv, sondern **kompetente Einzelpersonen in den Institutionen vor Ort** werden zu Initiatoren von Erneuerung und Qualitätsverbesserung. Es sind hier vor allem kompetente Fachleute in **Gesundheitsämtern, Krankenhäusern, Kitas und Grundschulen**, die auf Problem- und Notlagen von Eltern und Kindern stoßen, die von Kommunen in der Tragweite nicht erkannt und auch nicht gelöst werden können. So ist es dem Einsatz von medizinischem Personal, von Erzieherinnen und Lehrer/-innen zu verdanken, dass Inhalte und Strukturen der Institutionen besser auf die Problemlagen von Familien eingehen können. In vielen Fällen stehen **Kommunen diesem Engagement kooperierend zur Seite**.

Die Initiativen, die kompetente Funktionsträger/-innen angesichts der Vernachlässigung von Kleinstkindern, multiplen Störungen bei Kindergartenkindern oder Gewalt im Schulalltag ergreifen, sind breit gefächert: Erzieherinnen lassen sich, häufig auf eigene Kosten, beispielsweise zu Fachkräften in der Diagnose und Therapie von vielfältigen Störungen ausbilden (Babenhausen).

Schuldirektoren/-innen (Frankenthal, Berlin) und Ärzte/-innen (Düsseldorf, Neuss) bauen ehrenamtlich breite Kompetenznetzwerke auf, betreiben intensives Fundraising und entwickeln in Zusammenarbeit mit Universitäten kontinuierlich Fortbildungs- und Evaluationskonzepte. Diesen Einzelpersonen ist eines gemeinsam: Sie haben erkannt, dass **Kitas, Grundschulen und Gesundheitsämter dort in die Bresche springen müssen, wo die Lebenslagen von Eltern so schwierig sind, dass sie die elementaren Bedürfnisse ihrer Kinder nicht erfüllen können**.

Ein gutes Beispiel ist die Grundschule in Berlin-Hellersdorf, die für ihre Schule ein umfassendes und neues Schulkonzept entwickelt hat. Körperliche Bewegung ist in Unterricht und Freizeit integriert, die Schule bietet Räume zum Entspannen, Toben und ruhigem Arbeiten. Hierzu gehören maßgeblich auch **geschulte Ansprechpersonen**, die den ganzen Tag zur gezielten Förderung der intellektuellen, sozialen und emotionalen Entwicklung zur Verfügung stehen. Da sie die Funktionen von Eltern erfüllen, können sie mit Recht als „**elterliche Personen**“ bezeichnet werden.

2.3 Kommunen sind der Ort, an dem sich verschärfende Problemlagen von Kindern und ihren Eltern am deutlichsten zum Ausdruck kommen.

Berichte über Kinder in Kitas und Schulen machen übereinstimmend deutlich, dass die psychische und physische Entwicklung von Kindern in zunehmendem Maße durch Auffälligkeiten und Defizite geprägt ist, die es vor zwanzig Jahren in diesem Ausmaß nicht gab. Die Institutionen und das gesamte Wohnumfeld in Kommunen sind hiervon unmittelbar betroffen. Nur wenige **Schlaglichter zeigen, mit welchen Problemen die Institutionen vor Ort konfrontiert werden.**

Höchste Qualitätsstandards von Gesundheitsdiensten, Betreuung und Bildung sind deshalb erforderlich, weil sich die Anzeichen mehren, dass Gesundheit und Bildung für eine wachsende Zahl von Kindern und Eltern schwierig zu erreichende Güter werden.

2.3.1 Zunehmende Gesundheitsrisiken und Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern

Über 15 % aller Kinder sind bereits bei der Einschulung **adipös-übergewichtig**, über 35 % der Schulanfänger weisen **Haltungsstörungen** und **motorische Defizite** auf.

Etwa ein Drittel der Kinder im Schuleintrittsalter leiden unter **emotionalen Störungen**, oft verbunden mit **antisozialem Verhalten** (Robert Koch-Institut, 2004).

Hinzu kommt eine deutliche Zunahme von **Sprachstörungen**, auch bei deutschstämmigen Kindern: Dies betraf z. B. 40 % der Schulneulinge der Stadt Bielefeld (Sell, 2004) und 27,5 % der Schulanfänger in Neuss (Rhein-Kreis Neuss, 2005).

2.3.2 Verwahrlosung und Misshandlung der Jüngsten

Ein gesellschaftlich gravierendes Problem, das nicht ohne Auswirkungen für die Kommunen bleibt, ist die Verwahrlosung und Misshandlung von Kindern. Dieses bisher eher tabuisierte Randthema ist durch spektakuläre Fälle, wie z. B. der **Fall Jessica**, in den öffentlichen Focus gerückt. Dass dies kein Einzelfall ist, haben die Jugendämter längst erkannt. Der Kinderschutzbund schätzt, dass 150.000 Kinder von Verwahrlosung und Misshandlung betroffen sind. Um der zunehmenden Verwahrlosung vorzubeugen, beginnen Städte Konsequenzen zu ziehen. Eine davon ist die Einrichtung eines Meldesystems für gefährdete Neugeborene in Düsseldorf.

Wie Elke Roman-Jäger, Berliner Kinderärztin und Vorstandsmitglied des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte berichtet, **bringen 30 % aller Eltern ihre Kinder nach den ersten Lebensjahren nicht mehr zur Vorsorgeuntersuchung**, so dass oft erst zu der Einschulung, also zu einem sehr späten Zeitpunkt, eine Vernachlässigung festgestellt werden kann.

2.3.3 Bildungsarmut

Gesundheitliche und psychische Probleme behindern die Lernfähigkeit von Kindern schon zu Beginn der Schullaufbahn in einer so nachhaltigen Weise, dass **23 % der 15-Jährigen** in Deutschland zu den „**Risikogruppen-Jugendlichen**“ gezählt werden, bei denen es fraglich ist, ob sie je einen Beruf bekommen (PISA 2003). Wie der neue Bildungsbericht der Bundesregierung zeigt, sind **Kinder mit Migrationshintergrund** überproportional hoch betroffen: Im Jahr 2004 machten dreimal so viele deutsche Jugendliche Abitur wie ihre Altersgenossen aus Migrantenfamilien. Demgegenüber blieben sowohl bei den Mädchen als auch bei den Jungen doppelt so viele ausländische Schüler ohne Abschluss wie deutsche. Für die ausländischen Jungen liegt dieser Anteil bei 20 % eines Altersjahrgangs (Bildung in Deutschland, 2006).

Sämtliche Störungsbilder bezüglich der Gesundheit, des Sozialverhaltens und der Lernfähigkeit treten verstärkt bei Kindern auf, deren Familien von sozialer Benachteiligung betroffen sind. Der Anteil der Kinder aus sozial benachteiligten Familien, die mit **gehäuften Störungsbildern ihrer physischen und psychischen Gesundheit** zu kämpfen haben, wird auf **ein Drittel aller in Deutschland lebenden Kinder geschätzt** (Breithecker 2006).

Als **Hauptursache gilt die Bildungsarmut** sowohl der Familien mit Migrationshintergrund als auch der Familien deutscher Herkunft. Beispielsweise zeigt eine Studie der Universität Bielefeld mit Vorschulkindern, dass 34 % der Vorschulkindern mit Migrationshintergrund schwere sprachliche Auffälligkeiten aufwiesen, aber auch 10 % der Kinder, deren Eltern Deutsch als Muttersprache sprechen (Sell, 2004).

Die neueste OECD-Studie (2006) und die Caritas Europa-Studie über Migranten in Europa (2006) belegen, dass das deutsche Schulsystem im Vergleich zu anderen Ländern große Schwierigkeiten bei der Integration von Migrantenkindern hat. Es wird aber auch darauf hingewiesen, dass das soziale Profil der Migrantenfamilien (Bildung und sozialer Status) in allen klassischen Einwanderungsländern weitaus günstiger ist als in Deutschland.

Auch das Leben der **Eltern** ist gekennzeichnet durch komplexer und schwieriger werdende **Anforderungen** und **Belastungen**.

2.3.4 Veränderte Rahmenbedingungen für Elternschaft

Nicht zuletzt durch die schwindenden Kinderzahlen hat sich Elternschaft verändert: Sie ist weniger selbstverständlich geworden und geprägt durch zahlreiche **Ängste** und **Unsicherheiten**: „Wo findet mein Kind Spielgefährten? Welche **Erziehungsziele** und -methoden sind richtig? Wie **kinderfreundlich** ist das **Wohnumfeld**?“

Hinzu kommt die Anforderung, **Erziehungsaufgaben** und **Erwerbsarbeit miteinander zu vereinbaren**, erschwert durch mangelnde Betreuungsangebote im Westen Deutschlands und hohe Erwerbslosigkeit. An diesen Herausforderungen drohen nicht wenige Eltern zu scheitern.

2.3.5. *Wachsende Scheidungsraten, Erwerbslosigkeit und polarisierende Erziehungsstile*

Institutionen für Kinder sind in zunehmendem Maße gefordert, **elterliche Funktionen zu übernehmen**, wo Eltern dies aus den unterschiedlichsten Gründen nicht mehr oder nur unzulänglich leisten.

Auch Beratungsstellen für Erziehung und Partnerschaft stehen vor der Herausforderung, Familien bei **wachsenden Scheidungsraten** und **zunehmend verhaltensgestörten Kindern** zu unterstützen. Hinzu kommt die **hohe Arbeitslosigkeit**, die für Eltern sowohl finanzielle als auch psychische Probleme zur Folge hat. Ein weiteres Problem ist der **hohe Anteil von Familien mit Migrationshintergrund** insbesondere in den Großstädten. Das **traditionelle Familienverständnis**, das die meisten dieser Familien mitbringen, hat ganz konkrete **Auswirkungen auf Schulen** und andere Institutionen: Beispielsweise kämpfen Lehrerinnen mit offenen Anfeindungen schon von kleinen Jungen und Schullandheime bangen bereits um ihre Existenz, da Mädchen nicht an Schulfahrten teilnehmen dürfen.

3. „Best Practice“

Ziel des Berichtes ist es, anhand von Beispielen zu zeigen, wie **Familien auf kommunaler Ebene in ihrem alltäglichen Lebensumfeld** wirkungsvoll gestärkt werden können.

Aufgrund der Lebenssituationen von Kindern und ihren Eltern liegt der Schwerpunkt des Berichts sowohl im Bereich der **Unterstützung von bildungsfernen als auch der leistungsstarken Familien**.

Für die Kommunen ist die Unterstützung von benachteiligten Familien eine große Herausforderung, denn:

- ❖ sozial benachteiligte Eltern und Kinder sind nur schwer zu erreichen,
- ❖ gerade sie haben oft multiplen Förderbedarf, aber viel weniger Möglichkeiten als leistungsstarke Familien, Defizite zu erkennen und Abhilfe zu schaffen,
- ❖ aufgrund der intergenerationellen Weitergabe von Benachteiligung besteht hier besonders akuter Handlungsbedarf.

Andererseits sind Kommunen gefordert, ein **kinderfreundliches, attraktives Lebensumfeld für alle jungen Menschen zu schaffen**, da insbesondere die Akademiker/-innen bzw. Fach- und Führungskräfte unter ihnen sich immer seltener für Kinder entscheiden. Aber gerade auf sie sind Kommunen sehr angewiesen, wenn sie sozial und ökonomisch überleben wollen.

Kommunen verfügen über ein vielgestaltiges Instrumentarium zur Stärkung von Familien in den Institutionen vor Ort. Mit Maßnahmen der **Qualitätsfortentwicklung** sind Kommunen und die Institutionen vor Ort **ideal platziert**, Eltern und Kinder bei der Bewältigung veränderter Herausforderungen zu unterstützen.

3.1. Qualitätskriterien von „Best Practice“

1. Kommunen setzen in ihrer Politik **Akzente für Familien**, was sich auch in der Verteilung der Haushaltsmittel äußert.
2. Bestehende Institutionen im direkten Lebensumfeld von Familien starten, oft mit wohlwollender Unterstützung der Kommune, **Qualitätsoffensiven**. Sie stützen sich hierbei auf die **besten Konzepte**, die auf nationaler, und im Idealfall auf internationaler Ebene existieren.
3. **Kompetenznetzwerke** entstehen auf lokaler Ebene, schaffen Synergien und Mehrwerte ihrer Arbeit.
4. In die Unterstützungsmaßnahmen werden immer **mindestens zwei Generationen**, also Eltern und Kinder **einbezogen**.
5. Um die Zielgruppe zu erreichen, sind der **Abbau von Hierarchien und Schwellen** unerlässlich, wie z. B. durch den Einsatz von Stadtteilmüttern.
6. **Partizipation der Betroffenen** schon bei der Konzeption der Maßnahmen ist wichtig, um Bedürfnisse zu erkennen und als Kommune auf gleicher Augenhöhe mit Familien zu kommunizieren.
7. Die **Evaluation von Maßnahmen** ist unerlässlich, um deren Wirksamkeit festzustellen.

I. Präventive Schutz- und Fördermaßnahmen für benachteiligte Kinder und deren Eltern

Prävention von Verwahrlosung und Misshandlung von Kindern

Projekt „Zukunft für Kinder“ – Best Practice-Modell der Stadt Düsseldorf (NRW)

*„Wir wollten uns nicht mehr damit zufrieden geben, die Lebenssituation junger Eltern Neugeborener nur mit Schrecken wahrzunehmen. Es wurde uns klar, dass die Entwicklung uns keine andere Wahl lässt, als zu handeln. Wir wollen verhindern, dass Familien durch die Maschen des Hilfenetzes fallen.“
(Dr. Bernhard Dombrowski, Kinderarzt, Clearingstelle, Düsseldorfer Gesundheitsamt)*

Ausgangssituation: Krisenanfällige Eltern – Gefährdete Kleinkinder

- ❖ Die Mitglieder einer **Arbeitsgemeinschaft der Düsseldorfer Gesundheitskonferenz** (Kinderheilkunde in Krankenhäusern, Jugend- und Gesundheitsamt) wollten die Verantwortung für Eltern von Neugeborenen im Umkreis sozialer Benachteiligung nicht länger auf die Nachsorge im medizinischen Bereich beschränken. Vor allem deshalb, weil bei der **Kumulation von Risikofaktoren im Leben der Eltern** schon bei der Geburt eines Kindes **negative Langzeitfolgen** für Gesundheit, die schulische und die soziale Entwicklung absehbar sind. Von den rund 5.000 Kindern, die jährlich in Düsseldorf geboren werden, zählen schätzungsweise zwischen 100 und 300 zu „**Hochrisikokindern**“ **im Bezug auf Verwahrlosung und Misshandlung**.
- ❖ Die Konzeption des Projektes „Zukunft für Kinder“ wurde von den Mitgliedern der Arbeitsgruppe gemeinsam entwickelt. Seit Juni 2005 wird sie in die Tat umgesetzt.

Ziel

- ❖ Ziel des Projektes ist die **Prävention von Entwicklungsstörungen** in der Kindheit, um dadurch Langzeitdefizite und Kriseninterventionen im späteren Leben zu vermeiden. Das Projekt macht sich die Tatsache zunutze, dass die Chancen für eine Prävention unmittelbar nach der Geburt und in den ersten Lebensjahren am größten sind.
- ❖ Zielgruppen sind Familien mit Kindern, die in einer psychosozial besonders belastenden Situation leben.

Eine weitere Zielgruppe sind Fachkräfte der Jugend- und Gesundheitshilfe, die durch Weiterqualifikation besonders befähigt werden, die Zielgruppe effektiv zu unterstützen.

Maßnahmen

Das Projekt fußt auf dem Ansatz, die in **Düsseldorf bereits zur Verfügung stehenden Hilfen und Angebote neu zu organisieren, zu vernetzen und weiter zu qualifizieren**, damit die betroffenen Kinder und ihre Eltern tatsächlich erreicht werden.

❖ **Früh beginnen**

Die Vernetzung beginnt in der Geburtshilfe. Ein traditionell angewandetes **Diagnoseverfahren zur Feststellung von Risikofaktoren** für ein Höchstisiko von Kindesvernachlässigung (Mannheimer Längsschnittstudie) wurde so **weiterentwickelt**, dass es bei Schwangeren und Eltern von Neugeborenen eine höhere Handlungsfähigkeit ermöglicht. Krankenschwestern und -pflegern sowie KinderärztInnen auf den Geburtsstationen der Krankenhäuser, niedergelassene Kinder- und Frauenarztpraxen sowie Hebammen werden nicht nur besser als bisher für das Erkennen von Risikofaktoren befähigt, sondern können ihre Wahrnehmungen an eine **Clearingstelle** weitergeben. Dieses **standardisierte und sensible Erfassungssystem** gab es bisher nicht. Wichtig ist, dass es nicht bei der Diagnose bleibt, sondern dass durch das Projekt **Handlungsmöglichkeiten** geschaffen werden.

Zu den Risikofamilien zählen beispielsweise Eltern mit psychischen Erkrankungen, Alkoholabhängigkeit und Drogenmissbrauch sowie junge Mütter mit psychosozialen Belastungen. Schwestern, Hebammen und Ärzte schauen sich seit Projektbeginn die Mütter auf den Geburtsstationen genauer an.

❖ **Anlaufstellen einrichten**

Hierzu wurde beim Düsseldorfer Gesundheitsamt die **Clearingstelle „Zukunft für Kinder – Hilfen für Kinder und Familien in Risikolagen“** eingerichtet, die mit einem vom Gesundheits- und Jugendamt entsandtem Arzt, einer Sozialarbeiterin und einer Kinderkrankenschwester besetzt ist. Bei ihr laufen die Fäden des Betreuungsnetzwerkes zusammen.

Werden bei einem Neugeborenen und seiner Mutter bestimmte Krankheiten oder Problemlagen erkannt, führt eine ärztliche Fachkraft ein ausführliches Gespräch mit ihr. Ihr wird Unterstützung durch die Clearing-Stelle des Projektes angeboten und mit ihrem (schriftlichen) Einverständnis werden Informationen auf einem **Anmeldebogen** vermerkt und an die Clearingstelle gesendet. Die Clearingstelle soll während der ersten Lebensjahre für Kinder und deren Eltern eine optimale Nach- und Vorsorge koordinieren bzw. sicherstellen. Die Clearingstelle steht den Eltern immer bei Fragen und Sorgen zur Verfügung.

❖ **Breit vernetzen**

Bei Verdacht auf das Vorliegen sozialer bzw. medizinischer Risiken wird **zeitnah ein** Hausbesuch veranlasst, so dass jeder Familie eine persönliche Beratungsperson zur Verfügung steht. Die vorliegenden sozialen und medizinischen Daten bestimmen, welche Berufsgruppe mit dem Hausbesuch beauftragt wird.

Nach dem Besuch, dem auf Wunsch auch weitere folgen, und der Absprache mit den Eltern wird ein individueller und **interdisziplinär abgestimmter Hilfeplan** aufgestellt. Umgesetzt wird er mit Hilfe der Angebote von Kinder- und Jugendhilfe, von der sozialpädiatrischen Diagnostik bis hin zur Ernährungs- oder Paarberatung.

❖ **Regelmäßig kontrollieren**

In das Projekt eingebunden ist auch das „**Grüne Heft**“, das in Düsseldorf schon eine langjährige Tradition hat. Im „Grünen Heft“ werden zwölf ärztliche Vorsorgetermine für das erste Lebensjahr des Kindes vorgegeben. Jeden Monat schickt die Kinderarztpraxis nach der Untersuchung der am Projekt beteiligten Kinder eine Karte an die Clearingstelle. Bei Unregelmäßigkeiten nehmen die Mitarbeiter mit den Eltern Kontakt auf.

❖ **Vertrauen der Eltern gewinnen**

„Zu uns Kinderärzten haben die Eltern Vertrauen. Selbst schwierigste Persönlichkeiten wollen, dass es ihrem Baby gut geht.“

(Dr. Wilfried Kratzsch, Mitinitiator des Projekts, Oberarzt am Kinderneurologischen Zentrum der Städtischen Kliniken Düsseldorf-Gerresheim)

Das **Gespräch** zu suchen, das **Vertrauen der Eltern** zu gewinnen und über ihre **Mitarbeit selbst entscheiden** zu lassen ist ein Schlüsselement des Programms. Der Erfolg ist davon abhängig, ob die Eltern aktiv mitarbeiten. In Ausnahmefällen können die Eltern aber auch durch das Jugendamt zur Teilnahme verpflichtet werden.

Rolle der Kommune

- ❖ Die Clearingstelle ist ein zentrales **gesamtstädtisches Angebot** für Familien. Im Rahmen einer **internen Umverteilung von Gesundheits- und Jugendamt** wurde das Personal der Clearingstelle rekrutiert, hinzu kam eine Kinderkrankenschwester als Halbtageskraft. Die Kommune hat hiermit eine Koordinierungsstelle geschaffen, die ideal platziert ist, um die Vernetzung zwischen Gesundheits- und Jugendamt einerseits und den Aufbau eines **Netzwerkes lokaler Institutionen** andererseits zu gewährleisten.

- ❖ *„Für eine effiziente Arbeit ist die Kombination von städtischer Behörde plus Erfahrung und Kreativität des Netzwerkes eine gute Voraussetzung.“*
(Dr. Bernhard Dombrowski, Kinderarzt, Gesundheitsamt, Clearingstelle der Stadt Düsseldorf)

Das **Netzwerk** wird als offenes System verstanden, an dessen schrittweiser Ausweitung gearbeitet wird. Mittlerweile sind zahlreiche Institutionen und Personen eingebunden: Geburts- und Kinderkliniken, Hebammen, niedergelassene Kinder- und Frauenärzte, Sozialpädiatrische Zentren und Spezial-Ambulanzen, Therapeutische Fachkräfte (Krankengymnastik, Ergotherapie, Logopädie) sowie Frühförderung, Familienberatung und -bildung.

❖ **Mehrwert für die Kommune**

Schon jetzt **profitiert auch die Kommune**: Ohne das Projekt hätten die Kinder in mindestens der Hälfte der Fälle mittlerweile in ein Heim gebracht werden müssen. Durch die gezielte Unterstützung der Eltern können die Babys zuhause bleiben.

Finanzierung

Die Einrichtung der Clearingstelle erforderte von der Kommune die zusätzliche Finanzierung der halben Stelle für eine Kinderkrankenschwester.

Umsetzung und Zukunftsperspektive

Zur Zeit nehmen über **60 Personen aus 25 Familien** an dem Projekt teil, darunter minderjährige Mütter und Eltern aus dem Methadonprogramm der Stadt Düsseldorf. Die Mitarbeiter der Clearingstelle berichten, dass die Eltern neben Fragen zum Kind vor allem auch Beratung in beruflichen, finanziellen und lebenspraktischen Problemen suchen und erhalten.

- ❖ Ab Mitte 2006 beginnt in Zusammenarbeit mit der Universität Ulm eine **Evaluationsstudie** des Projekts, die die Entwicklung der Babys und Kleinkinder verfolgt, aber auch die Zufriedenheit der Eltern mit dem Projekt untersucht. Die Laufzeit der Studie beträgt anderthalb Jahre.
- ❖ In der ersten Testphase haben zwei Geburtskliniken mit dem neuen Melde- und Unterstützungssystem gearbeitet, mittlerweile sind **fünf Krankenhäuser** mit Entbindungsstationen daran angeschlossen: drei Düsseldorfer Geburtskliniken, das Kinderneurologischen Zentrum der städtischen Kliniken Düsseldorf-Gerresheim und die Kinderschutzambulanz Düsseldorf. Bis Ende des Jahres soll der Modellversuch auf alle Kliniken in Düsseldorf ausgeweitet werden.
- ❖ Geplant ist auch, das **Netzwerk der eingebundenen Institutionen zu erweitern**. Die Zusammenarbeit mit gynäkologischen Praxen und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen soll als nächstes intensiviert werden, um die Ersterfassung im Meldesystem in die **Zeit der Schwangerschaft** vorzuverlegen.
- ❖ Aber auch an der **Weiterqualifizierung des Personals** wird gearbeitet: Zur Zeit nehmen 16 Fachkräfte der Düsseldorfer Jugend- und Gesundheitshilfe an dem einjährigen Weiterbildungsprogramm „Entwicklungspsychologische Beratung von Eltern mit Säuglingen und Kleinkindern“ teil. Das Weiterbildungsprogramm wurde von der Ulmer Universität entwickelt und befähigt zur Erweiterung des Beratungsangebotes im Bereich „Bindungsförderndes Training für Eltern mit Säuglingen und Kleinkindern“.

Erfolgreiche Arbeitsprinzipien

- ❖ Das Projekt reagiert auf die Erkenntnisse der Hirnforschung, insbesondere im frühkindlichen Bereich, und setzt auf **gezielte Prävention**, idealerweise schon zum Zeitpunkt der Schwangerschaft, spätestens aber nach der Geburt.
- ❖ Es baut auf schon bestehenden Angeboten auf.
- ❖ Bestehende Dienste werden im Sinne von **Bedarfsorientierung** und **Effizienz** teilweise neu organisiert.
- ❖ An der Weiterentwicklung der **Qualität der Dienste** wird gezielt gearbeitet.
- ❖ In Kooperation mit der städtischen Verwaltung entsteht ein **Netzwerk familienrelevanter Institutionen** vor Ort.
- ❖ Die Stadtverwaltung als auch die Fachkräfte im Bereich der Unterstützung von Kinder und Eltern **steigern durch enge Kooperation den Nutzen** der jeweiligen spezifischen Ressourcen.

Frühförderung von Kindern aus sozial benachteiligten Familien

Best Practice-Modell der Stadt Babenhausen (Bayern)

*„Wir nehmen unseren Auftrag als Bildungsinstitution ernst – und das nicht erst seit PISA. Wir leisten, was Eltern aus den verschiedensten Gründen einfach nicht schaffen“
(Ulrike Krommes, Leiterin des Kindergartens „Guter Hirte“ in Babenhausen)*

Ausgangssituation: Nichtförderung bedeutet die Zementierung sozialer Benachteiligung

Der Kindergarten „Guter Hirte“ liegt mitten im alten Ortszentrum der bayerischen Stadt Babenhausen (zur Verwaltungsgemeinschaft gehören 11.000 Einwohner). Er ist von 07.00 Uhr bis 16.30 Uhr geöffnet und hat 65 Kindergartenplätze sowie acht Plätze für Kinder ab zwei Jahren. Integriert sind fünf Kinder mit geistigen und körperlichen Behinderungen.

Ein Drittel der Kinder kommt aus Familien mit **Migrationshintergrund**, die Eltern vieler Kinder im Kindergarten sind von **Erwerbslosigkeit** betroffen, allein 12 Familien bekommen den Platz vom Jugendamt bezahlt.

Im Jahr 2000 beschloss das **Kindergartenteam**, der Benachteiligung von Kindern bildungsferner Eltern entgegenzuwirken. Durch gezielte Beobachtung jedes einzelnen Kindes wurden Bedürfnisse von Förderung definiert und ein Konzept zur Erfüllung der Bedürfnisse entworfen.

Ziel

In **enger Zusammenarbeit mit medizinischen und therapeutischen Institutionen vor Ort** und durch eine **Fortbildungsoffensive des Personals** ist es bereits gelungen, die Chancen der Kinder für eine erfolgreiche Schullaufbahn deutlich zu verbessern.

Ziel ist eine ganzheitliche Förderung von Kindern im intellektuellen, sozialen, sportlichen und musischen Bereich. Zielgruppen sind Kinder im Alter von zwei bis sechs Jahren und deren Eltern, insbesondere die Mütter.

Maßnahmen

❖ Tägliches Sprachtraining

Gruppenübergreifendes Arbeiten in Kleingruppen ermöglicht es, auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Kinder einzugehen.

Alle Kinder nehmen täglich mindestens eine Stunde an einem **Sprachprogramm** teil (Würzburger Trainingsprogramm).

❖ **Frühförderung für jedes Kind**

Zweimal in der Woche kommt die lokale **Frühförderung** für jeweils zwei Stunden mit mehreren Fachkräften in den Kindergarten, um die Kinder gezielt zu fördern.

❖ **Fester Bestandteil des wöchentlichen Vormittagsprogramms** sind

- ❖ eine Literaturstunde
- ❖ zwei Stunden mathematische Früherziehung „Entdeckungen im Zahlenland“
- ❖ eine Stunde mit naturwissenschaftlichen Experimenten
- ❖ eine Englischstunde
- ❖ Mutter – Kind Sprachkurse (zweistündig)
- ❖ eine Kochstunde für zwei Kleingruppen
- ❖ Künstlerisches Gestalten

❖ **Das Nachmittagsprogramm** ist ausgefüllt mit jeweils einer Doppelstunde in

- ❖ psychomotorischem Training
- ❖ Schwimmen
- ❖ Entspannung
- ❖ Tanz
- ❖ Theaterspielen
- ❖ Chor
- ❖ Musikunterricht (Orff-Instrumente und Blockflöte)

All diese Angebote sind für die **Eltern kostenfrei**. In das Programm integriert sind Stunden für wechselnde Angebote, die auf den individuellen Förderbedarf der Kinder eingehen, wie z. B.

- ❖ Ergotherapie
- ❖ Logopädie
- ❖ Krankengymnastik

❖ **Fachkräfte für Förderung und Therapie kommen in die Kita**

Die Angebote der **Frühförderung sowie von Ergotherapie, Logopädie und Krankengymnastik** werden **ins Haus** geholt. Dies ist eine Entlastung für Eltern, da sie weder die Kontaktaufnahme mit den Institutionen bewerkstelligen noch mit oft mehreren Kindern lange Wege mit Bus und Bahn zurücklegen müssen. Hinzu kommt, dass Kinder oft in drei oder mehr Gebieten intensiv gefördert werden müssen und dass die hiermit verbundenen Anforderungen von Eltern nur schwer zu erfüllen sind, insbesondere dann, wenn sie in einem Umfeld sozialer Benachteiligung leben.

❖ „Mama lernt Deutsch“

Der Kindergarten bietet **Müttern mit nicht deutscher Muttersprache Hilfe beim Erlernen der deutschen Sprache**. Einmal in der Woche sind die Mütter für drei Stunden am Nachmittag eingeladen, **praxisnahes Deutsch** zu lernen, um Schwellenängste und Vorurteile abzubauen, aber auch um das alltägliche Leben selbstständiger zu meistern.

Die Lernmethoden, für die eine der Erzieherinnen eine spezielle Qualifikation hat, sind nicht zu sehr verschult und basieren auf Rollenspielen, Arbeitsblättern, Gesprächen, Bildern und alltäglichen Gegenständen.

In der Lernzeit werden die jüngeren Kinder kostenlos betreut.

Die Resonanz auf das Angebot ist außerordentlich groß, auch, weil das Lernen im geschützten Rahmen des Kindergartens stattfindet und keine hohen Hürden zu überwinden sind bevor das Angebot in Anspruch genommen werden kann.

❖ Professionalisierung der Fachkräfte

Alle Mitglieder des Kindergartenteams haben sich in unterschiedlichen Fachgebieten spezialisiert und entwickeln diese Fachkenntnisse kontinuierlich weiter. Hierdurch steht den Kindern und Eltern ein breit gefächertes Angebot zur Verfügung.

Beispielsweise verfügen je eine Fachkraft über Fortbildungen in

- ❖ der Durchführung von Tests zum Entwicklungsstand (Sprache, Motorik)
- ❖ Montessoripädagogik
- ❖ Diagnose und Therapie von Entwicklungsstörungen
- ❖ Sprachförderung (mit Kon -Lab)
- ❖ Psychomotorik (nach Aucouturier)
- ❖ musikalischer Früherziehung
- ❖ Literacy- und Mathematikerziehung
- ❖ Englisch
- ❖ Spracherziehung für Mütter und Kinder
- ❖ Spielpädagogik
- ❖ Integrativerziehung für Kinder mit besonderem Förderbedarf
- ❖ Entspannungstherapie
- ❖ zur Zeit befinden sich Erzieherinnen in der Ausbildung zu Legasthenie- und Dyskalkulietrainerinnen.

❖ **Zusammenarbeit mit den Eltern**

Einmal im Jahr wird eine **Befragung der Eltern** bezüglich ihrer Zufriedenheit mit der Entwicklung des Kindes und der Organisation des Kindergartens durchgeführt. Die Ergebnisse der Befragung werden ausgewertet und fließen in die Planung jedes neuen Kindergartenjahres ein.

Einmal im Jahr findet eine **mehrtägige Freizeit für die ganze Familie** statt.

Rolle der Kommune

Der Bürgermeister unterstützt die Wahrnehmung des Bildungsauftrages im Kindergarten durch finanzielle Mittel und indem die Stadt als Träger Freistellungen für Fortbildungen gewährt. Letzteres ist ebenfalls wichtig, da qualitativ hochwertige Weiterbildungen nicht nur teuer, sondern auch zeitaufwändig sind, wie z. B. eine Basisausbildung in Psychomotorik, die mit einem einwöchigen Intensivseminar beginnt und sich dann über mindestens ein Jahr erstreckt, wobei der Zeitumfang nicht allein durch Wochenenden gedeckt werden kann.

Der Kindergarten arbeitet eng mit zahlreichen Institutionen im lokalen Umfeld zusammen, mit Erziehungsberatungsstellen, mit therapeutischen Fachkräften, Musikschulen und einer sozialpädagogischen Fachoberschule.

Finanzierung

Die **Stadt als Träger** finanziert etwa drei Viertel der Fortbildungsveranstaltungen, aber ein Viertel bezahlen die **Fachkräfte aus eigener Tasche** – manchmal kommen ein paar tausend Euro zusammen, wie z. B. für die anderthalbjährige Fortbildung in Tonfeldtherapie.

Therapeutische Maßnahmen bezahlen die Krankenkassen der betreffenden Kinder; hier leistet der Kindergarten Hilfestellung bei Eltern, die oftmals nicht über die ihnen zur Verfügung stehenden Rechte informiert sind.

Umsetzung und Zukunftsperspektive

Die Leiterin der Interdisziplinären Frühförderung Memmingen bezeichnet die Zusammenarbeit mit dem Kindergarten als „außergewöhnlich gut und hilfreich“, wodurch „die Hilfemaßnahmen tatsächlich die Kinder erreichen, die sie benötigen“.

Der Kindergarten hat aufgrund der steigenden Nachfrage bereits acht Kinder mehr aufgenommen, als eigentlich Plätze vorhanden sind.

Die Sprachförderung der Mütter erreicht pro Jahr 15 bis 20 Mütter, von denen einige auch nach einem Jahr weiterlernen möchten, weil es Spaß macht und schnell Erfolge im Alltagsleben zu verzeichnen sind.

Erfolgreiche Arbeitsprinzipien

- ❖ Das Personal versteht die **kontinuierliche Weiterbildung** in hochwertiger **Qualität** als unentbehrliche Grundlage erfolgreicher Berufsausübung.
- ❖ Die Weiterbildungen orientieren sich an den Bedürfnissen der Kinder, aber auch an den individuellen Fähigkeiten der Fachkräfte.
- ❖ Therapeutische Fachkräfte des lokalen Umfeldes kommen ins Haus.
- ❖ Die Integration von Migrantenfamilien wird durch niedrigschwellige und unverschoolte **Angebote der Sprachförderung an die Mütter** gefördert.

Maßnahmen zur Behebung von Entwicklungsstörungen bei Kindergartenkindern

Projekt „prokita“

Best Practice-Modell des Rhein-Kreis-Neuss (NRW)

*„Wir haben uns gesagt, so geht das nicht weiter, da müssen wir etwas tun!“
(Dr. Beate Klapdor-Volmar, Ärztin im Kreisgesundheitsamt Neuss)*

Ausgangssituation: Multiple Störungen bei Kindergartenkindern

Die **Schuleingangsuntersuchungen** des Kreisgesundheitsamtes Neuss zeigten über Jahre hinweg einen deutlichen Anstieg von Kindern mit **Übergewicht/Adipositas und Entwicklungs-Auffälligkeiten** wie Störungen der Sprachentwicklung, der Grob- und Feinmotorik, der Wahrnehmung und der Sozialkompetenz. Besonders betroffen davon waren Kinder aus Stadtteilen mit einem hohen Anteil von Familien, die Sozialhilfe erhielten. In diesen Stadtteilen wiesen teilweise bis zu **55 % der Schulanfänger** Sprachstörungen und Übergewicht auf, in anderen Stadtteilen betragen die Quoten nur 5 % und weniger (Rhein-Kreis-Neuss, 2005).

Im Jahr **2002** beschloss das **Kreisgesundheitsamt**, sich besonders der Gesundheitsförderung in Kindertagesstätten und Familien zuzuwenden und rief das Projekt „prokita“ ins Leben.

Rechtsträger ist der Rhein-Kreis-Neuss, die Projektleitung liegt bei Dr. Beate Klapdor-Volmar.

Ziel

- ❖ Zielgruppen des Projekts sind die Kinder, deren Eltern sowie das medizinische und pädagogische Fachpersonal im Dienste der Kinder.
- ❖ „Prokita“ steht für ein ganzes Maßnahmenbündel, um kindliche Entwicklungsstörungen möglichst frühzeitig zu erkennen und vorbeugend Unterstützungsmaßnahmen zu ergreifen. Angestrebt wird eine **Verbesserung des gesundheitlichen, intellektuellen und sozialen Entwicklungsstatus** der Vier- bis Fünfjährigen aus Stadtteilen mit Merkmalen sozialer Benachteiligung.
- ❖ Mit Schulbeginn sollen diese Kinder die gleichen Chancen auf eine optimale Entfaltung ihres Potentials haben wie diejenigen, die durch ihre Familien von früh auf gefördert werden.

Maßnahmen

❖ Vorrang der Stadtteile mit größtem Handlungsbedarf

Auf Grundlage einer **Auswertung der Einschulungsuntersuchungen** wurden zunächst die **Stadtteile mit dem höchsten Handlungsbedarf** identifiziert. Das Kreisgesundheitsamt entwarf daraufhin einen Handlungsplan, definierte Projektziele und Wege, um dorthin zu gelangen. Ein offizieller Beschluss der Gesundheitskonferenz machte den Weg für das Projekt frei.

❖ Diagnose und Therapie bei Drei- bis Vierjährigen

In den Stadtteilen mit großem Handlungsbedarf werden die Kinder in Kindertagesstätten und Kindergärten seit 2002 schon **zwei Jahre vor Erreichen des Schuleingangsalters gründlich untersucht**. Der Kreis Neuss hat hierfür eine halbe Kinderarztstelle zur Verfügung gestellt.

Zu der Untersuchung, die immer im Beisein eines Elternteils und einer Erzieherin der Kita stattfindet, gehören nicht nur eine kinderärztliche Untersuchung, sondern auch eine Anamnese, eine Eltern- und Erzieherinnenbefragung und Sprach-, Hör- und Sehtests (auch in türkischer und russischer Sprache). Direkt im Anschluss werden die Eltern über notwendige Maßnahmen beraten, erhalten therapeutische Empfehlungen und Hilfe bei der Kontaktabnahnung, z. B. zu einer Ernährungsberatung oder Kinderarztpraxis vor Ort.

❖ Qualitätssicherung in Kitas

In informellen Gesprächen mit Kitaträgern, Erzieherinnen und Eltern wird eine **Ist-Analyse der Kitas** erstellt, um Entwicklungs- und Weiterbildungsbedarf herauszufiltern. Die Kompetenz des **Personals** wird seitdem durch **ständige Weiterbildungen**, bei denen auf **höchste Qualität** geachtet wird, gestärkt.

In den ersten Jahren lag der Schwerpunkt auf Sprachförderung, der Motorik- und Verhaltensentwicklung von Kindern bzw. dem Erkennen von Fehlentwicklungen und erzieherisch-therapeutischen Methoden zur Behebung bzw. Milderung.

„Wir gewinnen sehr gute Referenten und laden alle Erzieherinnen des Rhein-Kreises-Neuss zu den Veranstaltungen, die immer auch Workshops enthalten, ein. Mittlerweile wird dieses umfangreiche Angebot ausgesprochen gerne angenommen.“

(Dr. Volmar-Klapdor)

Gegenwärtig stehen Fortbildungen im Mittelpunkt, die Erzieherinnen Wissen vermitteln, um Eltern im Umgang mit ihrem Kind kompetenter begleiten und beraten zu können. Um Eltern eine Basis-Orientierung in alltäglichen Erziehungsfragen an die Hand zu geben, wurden bereits eine Kinderärztin und acht Erzieherinnen zu Triple-P-Trainerinnen ausgebildet.

❖ **Stärkung der Elternkompetenz**

Eine wesentliche Voraussetzung für erfolgreiche Prävention ist die Stärkung der **erzieherischen Fähigkeiten von Eltern** (hier: durch das Triple-P-Programm). Bisher nahmen 60 Eltern und alle Leiterinnen der involvierten Kitas an dieser Weiterbildung teil, die in den Räumen der Kitas stattfindet.

❖ **Multiprofessionelles Netzwerk**

„prokita“ hat ein breites **Kompetenznetz** zwischen Kitas, Kinderpädiatrie (z. B. Kindergartenpatenschaften mit Ärzten), Therapeuten, Eltern, Wissenschaftlern, Migrationsdiensten und der kommunalpolitischen Ebene aufgebaut. Beispielsweise beteiligte „prokita“ sich an der Adipositasstudie 2004 und arbeitet mit im Kompetenzzentrum „Gesunde Städte“.

Rolle der Kommune

Voraussetzung für das Gelingen von „prokita“ war und ist eine **aufgeschlossene Stadt- bzw. Kreisspitze**, um verwaltungstechnische Hürden zu nehmen. Hierzu gehören beispielsweise die enge Kooperation mit der Geschäftsstelle der Kindergesundheitskonferenz und des Dezernates für Jugend und Gesundheit.

„Prokita“ arbeitet mit in kommunalen Gremien (Arbeitskreis KOOP Kita-Schule, Jugendhilfeausschuss) und engagiert sich in verwandten Projekten, wie z. B. im Projekt „Hüpfdötchen“.

Umsetzung und Zukunftsperspektive

- ❖ Nach drei Jahren wurde mittels einer **Evaluation** die erste Erfolgskontrolle durchgeführt. Demnach haben von den Schulanfängern, die ab dem Alter von vier Jahren gezielt gefördert wurden, nur noch halb so viele Kinder Übergewicht wie zum Zeitpunkt der Kita-Untersuchung. Ergebnisse im Bereich von Koordinationsstörungen und Sprachdefizite ergaben ein ähnliches Bild („prokita“-Ergebnisse 2005).
- ❖ Die frappierenden Fortschritte der (aufgrund vieljähriger Erfahrung) als „chancenlos“ eingestuften Kinder führten dazu, dass „prokita“ in diesem Jahr einen Förderpreis des Wettbewerbes „Besser essen. Mehr bewegen“ (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz) gewonnen hat. Auf diese Weise kann die begonnene Arbeit nicht nur fortgeführt, sondern bis 2009 auch weiter entwickelt werden. Hierzu gehört z. B. die **Ausweitung und intensivere Nutzung des Netzwerkes** in Form einer engen Zusammenarbeit mit den **Universitäten Düsseldorf und Göttingen** (wissenschaftliche Begleitung und Evaluation).

- ❖ Die schon zu Beginn von „prokita“ geplante Ausbildung von **Stadtteilmüttern** hat mittlerweile mit Hilfe des gewonnenen Förderpreises bereits begonnen. Es wurden bereits türkischstämmige Mütter gefunden, die eine spezielle Ausbildung erhalten, um anderen Frauen aus der Nachbarschaft Hilfe zur Selbsthilfe bei Fragen der Erziehung und Ernährung anzubieten (in Anlehnung an die „Rucksackprojekte“ in Essen).
- ❖ In den nächsten drei Jahren sollen 4.000 Kinder in Kitas und Grundschulen erreicht werden.

Finanzierung

- ❖ Der Rhein-Kreis-Neuss finanziert eine halbe Stelle für eine Kinderärztin.
- ❖ Durch Fundraising konnte „prokita“ Sponsoren gewinnen, wie z. B. Krankenkassen, eine Medikamentenfirma, den Lionsclub und die örtlichen Sparkassen. S wurde in den letzten Jahren ein Pool mit ca. 200.000 Euro geschaffen wurde.
- ❖ Mit dem Gewinn des Preises im Rahmen des Wettbewerbs „Besser essen. Mehr bewegen“ stehen nun für die Fortführung und Weiterentwicklung der Arbeit von „prokita“ bis 2009 500.000 Euro zur Verfügung.

Erfolgreiche Arbeitsprinzipien

In „prokita“ vereinigen sich zahlreiche **Qualitätskriterien** für **familienunterstützende Maßnahmen** auf kommunaler Ebene, die auch internationalen Standards entsprechen:

- ❖ **Prävention** im Kleinkindalter
- ❖ **Erneuerung** und **Qualitätsverbesserung** bestehender Dienste auf hohem Niveau
- ❖ Umfassende und **multiprofessionelle Vernetzung** mit familienrelevanten Kräften vor Ort
- ❖ **Kompetenzförderung** von Eltern, insbesondere auch derjenigen, die schwer erreichbar sind und aus anderen Kulturkreisen kommen
- ❖ Ansätze einer **Partizipation von Eltern** bei der Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen (Stadtteilmütter)
- ❖ **Evaluation** der Wirksamkeit von Maßnahmen

Maßnahmen gegen Aggressivität und Gewalt in der Grundschule

Best Practice-Modell der Stadt Berlin

*„Als wir vor kurzem die Restklassen 4, 5 und 6 einer anderen Grundschule übernahmen, bekamen wir Probleme mit Aggressivität und Gewalt, die wir schon jahrelang nicht mehr hatten.“
(Kathrin Grieger, projektleitende Lehrerin der
Ganztagsgrundschule am Hollerbusch in Berlin-Hellersdorf)*

Ausgangssituation: Zunahme von Verhaltens- und Lernstörungen

- ❖ Die Ganztagsgrundschule am Hollerbusch, eine Schwerpunktschule für Integration, liegt mitten in **Hellersdorf, einer Plattenbausiedlung im Berliner Osten**. Hier befinden sich viele Familien in einer schwierigen sozialen Lage und überdurchschnittlich viele Kinder weisen Störungen im Sozialverhalten und in der Lernfähigkeit auf, wenn sie in die Schule kommen.
- ❖ Rechtsträger der Schule ist die Senatsverwaltung Bildung, Jugend und Sport. Die kostenfreie Betreuungszeit reicht von 07.30 bis 16.00 Uhr (montags bis freitags), in den Randzeiten vorher und nachher ist Betreuung möglich, aber kostenpflichtig.

Ein behindertengerechter Umbau der Schule ermöglicht Kindern mit körperlichen Behinderungen den Schulbesuch. In den Integrationsklassen sind ca. drei bis fünf Kinder, die sonst eine Sonderschule besuchen müssten.

- ❖ Mitte der neunziger Jahre stellte das Lehrerkollegium fest, dass Stress, Konflikte oder Überforderung und gesundheitliche Probleme, auch hervorgerufen durch Bewegungsmangel, die Lernentwicklung der Kinder nachhaltig hemmten. **1996 beschloss das Kollegium gemeinschaftlich, ein in das Schulleben integriertes Programm zu entwerfen, das sowohl Sozial- als auch Lernverhalten und -erfolg der Schüler verbessern sollte**. Die ersten Anregungen für ein Programm bzw. Konzept kamen durch die Mitarbeit der Schule in der AG „Entspannung, Wahrnehmung und Bewegung“ der GesundheitswerkSTADT im Stadtteil Hellersdorf.

Ziele

Alle Kinder sollen die Grundschulzeit erfolgreich meistern. Dieser Zielsetzung sind detaillierte Ziele untergeordnet, an denen unermüdlich und mit sichtbarem Erfolg gearbeitet wird.

- ❖ Die Schule ist ein Raum, in dem sich **Kinder und Lehrpersonal wohl fühlen und Erfolg haben**. Die Verwirklichung der Ziele einer ruhigen und **konzentrierten Schülerschaft**, einer ausgeglichenen Schulatmosphäre mit **geringer Gewaltbereitschaft** und **stressfreiem, erfolgreichem Unterricht** sind in der Schule deutlich sichtbar.

Die vielfältigen und umfassenden Initiativen und Programme, die darauf zielen, den Bildungs- und Erziehungserfolg der über 500 Kinder an der Schule zu steigern, sind längst Teil der Schulkultur geworden. Es wird durch die konsequent Anwendung und Weiterentwicklung der Konzepte daran gearbeitet, die schon erreichten Erfolge beizubehalten und auszuweiten.

- ❖ Zielgruppen sind insbesondere **Kinder** aus Familien, in denen Eltern mit einer solchen Vielzahl von Problemen kämpfen, dass sie den Kindern kaum gerecht werden können.

Aber auch das **pädagogische Personal** an der Schule, die Lehrer/-innen und Erzieherinnen bilden eine wichtige Zielgruppe von Fördermaßnahmen. Ihre Professionalisierung führt bereits seit langem zu Erfolgserlebnissen, die wiederum dem Ziel eines motivierten, physisch und psychisch gesunden Schulteam dienen.

Maßnahmen

Seit 1996 wurde eine breite Palette von Maßnahmen für Unterricht und Freizeit entwickelt, die auf einer **ganzheitlichen Sicht** von Kindern beruhen.

Bewegung ist ein fester Bestandteil des Alltags in der Ganztagschule. Kinder, die sich zu wenig bewegen, sind im Unterricht oft unausgeglichen, können sich nicht konzentrieren und neigen dazu, sich komplett zu verweigern.

- ❖ **Bewegungsbedürfnis von Kindern wird im Unterricht berücksichtigt**

In den **Unterricht** sind **Bewegungspausen, Bewegungs-, Wahrnehmungs- und Entspannungsübungen** integriert. Ziel dieser Phasen (sowohl fest eingeplant als auch nach Bedarf) soll es sein, Belastungssituationen bei den Schülern abzubauen. Sie sollen sich erholen und neue Energien schöpfen. Alle Bewegungsübungen und das Sitzen sind rückenfreundlich organisiert, da auch schon Schulkinder durch das lange Sitzen Rückenprobleme haben. Zu Beginn eines Schuljahres werden die Schulmöbel so verteilt, dass jedes Kind einen Tisch und Stuhl gemäß der individuellen Körpergröße erhält. Möbel werden nach ergonomischen Gesichtspunkten angeschafft, z. B. haben neue Stühle flexible Lehnen, die Kinder auch umdrehen dürfen. In jeder Klasse befinden sich ein bis zwei Sitzbälle, die die Kinder abwechselnd für eine Stunde benutzen dürfen und Kisten mit Igelbällen o. ä. die die Kinder auch zur Eigen- und Partnermassage während des Unterrichtes anwenden.

❖ **Auszeit im Erlebnisraum für Zappelphilippe und Störenfriede**

Es ist ein **Erlebnisraum** (Psychomotorikzimmer) vorhanden, in dem Kinder, die im Unterricht zu unruhig sind oder die besonders gefördert werden sollen, unter Anleitung einer speziell in Psychomotorik geschulten Erzieherin **toben, sich bewegen, balancieren, schaukeln, eine Massage erhalten oder im Ballbecken spielen** können.

❖ **Schulgebäude als Bewegungsbaustelle**

Der **Schulhof** und die Korridore sind nach und nach zu **Bewegungsbaustellen** mit einer Vielzahl von Bewegungsanreizen umgestaltet worden. In den Pausen stehen den Kindern Container mit Spielmaterialien zur Verfügung, die sie eigenhändig verteilen und wieder einsammeln.

❖ **Grundlage des Lernens üben**

Konzentrations- und Entspannungsübungen während des **Unterrichts**, z. B. vor und während der Klassenarbeiten sind fester Bestandteil des Unterrichtsgeschehens.

❖ **Raum für effektives Lernen**

Es gibt eine „**Schulstation**“ (Schulstressraum), in dem Kinder, die eine Auszeit brauchen oder nachmittags Hausaufgaben machen, zur Ruhe kommen. Hier werden kleine **Aufgaben** der Klassenlehrer-/in selbständig und ohne Ablenkung bearbeitet oder persönliche **Probleme** besprochen. Eine speziell geschulte Erzieherin steht hierfür ganztags zur Verfügung.

❖ **Förderung der Leistungsschwachen und -starken**

In einem weiteren Raum, dem „**Fuchsbau**“, werden **Kinder mit besonderem Förderbedarf individuell gefördert**. Dies ist notwendig, da in den letzten Jahren Teilleistungsschwächen wie z. B. Lese- und Rechtschreib- oder Mathematikschwächen mit einer Häufigkeit und Qualität auftreten, die im Klassenverband nicht aufgefangen werden können. Lehrer/-innen der Schule mit speziellen Fortbildungen zur Diagnose und Therapie von Lernschwächen fördern Kinder in kleinen Gruppen und beobachten genau den Lernerfolg.

Schüler/-innen mit besonderen Stärken werden in zusätzlichen Unterrichtsstunden (Projekt- und Leistungskurse in Mathematik, Deutsch, Englisch) gefördert. Die zusätzlichen Unterrichtsstunden werden gewonnen, in dem an der gesamten Schule eine Regelstunde nur 40 Minuten dauert.

❖ **Projekte rund um das Thema „Gesundheit“**

Zum Programm der Ganztagschule gehören auch regelmäßige Bibliotheksbesuche, Hobbytage, eine Theaterwerkstatt und der regelmäßige Besuch einer Schwimmhalle.

Wichtig für das Schulprogramm sind **Projektstage und -wochen** zu unterschiedlichen Themen rund um die **Gesundheit**.

- ❖ **Die Lehrer/-innen und Erzieherinnen befinden sich in einem kontinuierlichen Weiterbildungsprozess.**

„Jeder, der mit dem neu erworbenen Wissen in der Praxis gute Erfahrungen macht, gibt diese weiter.“

(Kathrin Grieger, Lehrerin)

Begonnen hatte es mit Fortbildungen zur Rückenschule für das gesamte Kollegium. Hierdurch wurden auch Entspannungsübungen und ihr großes Potential entdeckt, dies führte zum Besuch weiterer **qualitativ hochwertiger Fortbildungen, z. B. für Psychomotorik, für die Leitung einer Bewegungsbaustelle, der Therapie von Lernschwächen oder Gewaltprävention**. Als fester Bestandteil auf Gesamtkonferenzen werden neue Beispiele dem gesamten Kollegium vorgeführt und falls erwünscht, visitieren Kollegen/Kolleginnen sich gegenseitig und geben Hilfestellung bei der Einführung von neuen Übungen.

Rolle der Kommune

- ❖ Die ersten Impulse für die Methodik der Einrichtung einer gesunden Schule auf der Grundlage der ganzheitlichen Sicht jedes einzelnen Kindes gingen von der Mitarbeit des Kollegiums in der AG „Entspannung, Wahrnehmung und Bewegung“ der GesundheitswerkSTADT des Stadtteils Hellersdorf aus, in dem die Schule bis heute vertreten ist. Die GesundheitswerkSTADT entstand durch die Initiative des Gesundheitsamtes und tagt bis heute einmal im Monat.

- ❖ **Nutzen für das nachbarschaftliche Umfeld**

Vandalismus und Gewalt unter Kindern und Jugendlichen haben in dem Einzugsgebiet der Schule seit 1996 abgenommen. Die **Kommune bzw. das gesamte nachbarschaftliche Umfeld profitieren** von der Arbeit der Schule.

Finanzierung

- ❖ Die Schule hat ihre Ideen weitgehend ohne Geld- und Personalkontingente der Kommune oder des Landes verwirklicht. Die bereits **vorhandenen Stellen der Erzieherinnen für den Freizeitbereich der Ganztagschule wurden intern neu definiert** und mit Erzieherinnen besetzt, die über Zusatzausbildungen verfügen, da es keine Gelder für Psychomotorik oder der Förderung von Kindern mit Teilleistungsschwächen gibt.
- ❖ **Die Erzieherinnen bezahlen die entsprechenden Fortbildungen mit ihrem persönlichen finanziellen und oft auch zeitlichen Budget.**
- ❖ Die Schule befindet sich auf der **ständigen Suche nach Mitteln**, die es ermöglichen, das Schulprofil zu erhalten und weiterzuentwickeln. Hierzu gehört die erfolgreiche Teilnahme am Deutschen Präventionspreis und an den EU-Projekten „Das gesunde Schulkind“ und „Konflikt- und stressfreies Lernen“.

Umsetzung und Zukunftsperspektive

*„20 Minuten Auszeit wirken Wunder.“
(Fazit bezüglich der Wirkungen von Erlebnisraum und Schulstation)*

- ❖ Gerade durch die Fusion mit einer anderen Schule wurde deutlich sichtbar, dass die Kinder der Hollerbusch-Grundschule deutlich **ruhiger, ausgeglichener und friedlicher** als die neu hinzugekommenen sind und dass es im Kollegium kooperativer und entspannter zugeht.
- ❖ Bei der **Evaluation** der Ergebnisse des Schulprogramms arbeitet die Schule mit der Freien Universität Berlin (Grundschullehrerausbildung mit Schwerpunkt Gesundheitsförderung) zusammen. Grundlage sind Schulbesuche und Unterrichtsbeobachtungen durch Professoren und Studenten.

Die Ergebnisse zeigen, dass Gesundheitsförderung und die Steigerung der individuellen Leistungsfähigkeit der Schüler zusammengehören. So weisen die Kinder in allen Klassenstufen eine deutlich **überdurchschnittliche allgemeine Konzentrationsfähigkeit** auf.

Auffällig sind das Fehlen von Aggression und Gewalt im Umgang der Schüler untereinander, aber auch in ihrem Verhältnis zu den pädagogischen Fachkräften (Informationen zur Schulpatenschaft, 2006).

- ❖ Seit 2005 stehen **Gewaltprävention** und die Arbeit im Comeniusprojekt „Konflikt- und stressfreies Lehren und Lernen“ im Focus der Weiterentwicklung. Hier werden mit Schulen aus Norwegen, den Niederlanden, Österreich und Liechtenstein praktische Erfahrungen ausgetauscht.

Erfolgreiche Arbeitsprinzipien

- ❖ Jeder einzelne Schüler wird ganzheitlich gesehen, insbesondere in der Korrelation zwischen schulischen Leistungen und körperlichem Wohlbefinden
- ❖ Die gemeinschaftliche Anstrengung des Kollegiums sowie eine äußerst umsichtige Leitung gelten als Schlüssel für den Erfolg
- ❖ Das Kollegium befindet sich in einem kontinuierlichen, qualitativ hochwertigen Weiterbildungsprozess, auch durch Erfahrungs- und Informationsaustausch auf internationaler Ebene

Erfolgreiche Gewaltprävention an einer Hauptschule im sozialen Brennpunkt

Best Practice-Modell der Stadt Frankenthal (Rheinland-Pfalz)

„Der Schlüssel zum Erfolg ist die vorbildliche Kooperation im Kollegium und mit der Stadt, z. B. mit dem Bürgermeister und dem Jugendamt. Wir als Lehrkräfte schaffen das alleine nicht und haben unglaublich viel Unterstützung.“
*(Manfred Geiberger, Rektor der Friedrich Ebert-Schule in Frankenthal
(Rheinland-Pfalz))*

Ausgangssituation: Gewalt in der Schule

Rechtsträger der Schule ist die Stadtverwaltung Frankenthal.

Die Schule liegt in einem sozialen Brennpunkt. Ihr Einzugsgebiet ist gekennzeichnet von Zuwanderung durch **ausländische Familien und durch Aussiedlerfamilien aus Teilen der ehemaligen Sowjetunion**. Viele Familien leben in sozialer Benachteiligung und können als „bildungsfern“ bezeichnet werden.

Anfang der neunziger Jahre kam es vermehrt zu Gewalt an der Schule und vor allem zur Steigerung der Brutalität. Dies führte zur **Einsicht im Kollegium, dass eine Strategie** entwickelt werden musste, um eine weitere Eskalation zu verhindern. Von Anfang an stand fest, dass hierbei die Unterstützung außerschulischer Partner unverzichtbar sei.

Ziel

- ❖ Gemeinsam mit dem **Jugendamt** und dem **schulpsychologischen Dienst** ist es der Schule gelungen, Gewalt abzubauen.
- ❖ Die Ziele einer Schule ohne Gewalt, eines Klimas der vertrauensvollen Kommunikation, einer guten Unterrichtsqualität, der Entwicklung von Sozialkompetenz sowie gesundheitsbewussten Verhaltens sind bereits erreicht. Es wird aber ständig daran gearbeitet, das Erreichte mit immer wieder neuen Schülerinnen zu pflegen und auch zu erweitern, in dem besonders bedürftige Zielgruppen mit einbezogen werden. Dies sind die Elternschaft und schulumüde Jugendliche.

Maßnahmen

Die positiven Effekte, die sich im Unterricht, im gewaltfreien Umgang der Schülerschaft untereinander und mit ihrer Umgebung zeigen, sind das Ergebnis einer **langjährig gewachsenen Schulkultur**.

❖ **Enge Kooperation mit dem schulpsychologischem Dienst**

Vor ca. 10 Jahren begann das Kollegium der Schule gemeinsam mit dem Schulpsychologischen Dienst und dem Jugendamt ein erstes **Konzept zur Schulsozialarbeit** zu entwerfen, das seitdem bis heute kontinuierlich angewendet und weiterentwickelt wird.

❖ **Inhaltliche und räumliche Zusammenarbeit mit dem Jugendamt**

Zwei Sozialpädagogen des Jugendamtes (eine Frau und ein Mann mit je einer halben Stelle) arbeiten an der Schule. Als Gegenleistung stellt die Schule einen Raum für einen „**Offenen Jugendtreff**“ am Nachmittag und am Abend zur Verfügung. So stehen den Schüler/-innen ganztägig Vertrauenspersonen zur Verfügung. **Eine Lehrerin ist für 10 Stunden wöchentlich** für Intervention, Prävention und Koordination der sozialpädagogischen Arbeit an der Schule freigestellt.

❖ **Schule und Jugendamt bieten familiäre Strukturen**

Die Schulsozialarbeit geschieht während der **Unterrichtszeit** und am **Nachmittag bzw. Abend**. Das Nachmittags- und Abendangebot („Offene Jugendarbeit“) richtet sich an alle Jugendliche des Stadtteils.

❖ **Nachmittags- und Abendangebot**

- ❖ **Freizeitangebote** (Fußball, Tanzen, Computer, Zirkus (einer der Sozialpädagogen ist Zirkuspädagoge))
- ❖ Beratung, Hilfe und Unterstützung **bei Konflikten, Alltagsproblemen, Berufs- und Lebensplanung**
- ❖ **Gezielte Förderung** gesundheitsbewussten Verhaltens **und Training von Selbstwertgefühl und Sozialkompetenz**

❖ **Schulsozialarbeit während der Unterrichtszeit**

Die schulsoziale Arbeit während der Unterrichtszeit besteht aus Krisenintervention (60 % der Arbeit) und Prävention. Bei Problemen wie z. B. Verhaltensauffälligkeiten, Gewaltbereitschaft und Sucht intervenieren Lehrer/innen und Sozialpädagogen/innen in enger Kooperation mit dem allgemeinen Sozialdienst des Jugendamtes, dem schulpsychologischen Dienst, der Polizei und anderen Einrichtungen für Jugendliche im psychologischen Bereich.

❖ **Konfrontative Pädagogik**

„Wir dürfen uns als Erwachsene nicht weiter vor Gewalt- und Aggressionsbereitschaft wegducken. Das mindeste, was wir diesen Kindern schuldig sind, sind klare Regeln und die Kontrolle deren Einhaltung.“

(Heidrun Kohl, Lehrerin und Koordinatorin der Schulsozialarbeit)

Eine zentrale Rolle spielt die „konfrontative Pädagogik“ (angelehnt an Glen Mills, USA) für Schüler/innen, die mit empathischer Pädagogik nicht mehr zu erreichen sind (ca. 5 % eines Jahrgangs und um die 20 % Mitläufer). Dieses Konzept umfasst eine Reihe von Strategien, um Gewaltbereitschaft mit Regeln und Normen zu begegnen, die für alle gelten und deren Einhaltung konsequent eingefordert wird.

Grenzziehungen und Konfrontationen lassen aggressiven Kindern und Jugendlichen ihre Tat reflektieren und die Opferperspektive einnehmen und erweisen sich immer wieder als außerordentlich erfolgreich, um den Teufelskreis aus niedrigem Selbstwertgefühl, Gewalt und Lernversagen zu durchbrechen. Ebenso bewährt sind auch die Aushandlung von Sanktionen und Wiedergutmachung und das **Wecken neuer Verhaltensmuster**.

❖ **Mediation und Supervision**

Als ausgezeichnete Methode der Gewaltprävention und -intervention hat sich die Mediation bewährt. Jeweils 11 Schüler/-innen werden pro Jahrgang in dreitägigen, professionell durchgeführten Maßnahmen zu Streitschlichtern ausgebildet. Wesentlich für die Wirksamkeit ist jedoch ebenfalls die regelmäßige Teilnahme der Streitschlichterinnen an Supervisionen. Die Mediatoren sind in unter den Gleichaltrigen hoch geachtet und entwickeln durchweg ein hohes Selbstbewusstsein.

❖ **Training von Sozialkompetenz im Unterricht**

An zwei Stunden pro Woche findet Primärprävention von Gewalt durch spezielle Programme während des Unterrichtes statt.

❖ **Suchtprävention**

Zum Schulprogramm gehört eine gezielte Suchtprävention wie z. B. die **alljährlichen Suchtpräventionswochen**, die zum einen über Suchtmittel und ihre Folgen aufklären und zum anderen **Freizeitgestaltungen aufzeigen**, die einen „Kick ohne Stoff“ ermöglichen. Während der Präventionswochen kommen z. B. die Anonymen Alkoholiker, die AOK, Drogenberatung und Polizei in die Schule, wobei die hier geknüpften Kontakte zu Schüler-/Elternschaft bewusst gepflegt werden und in vielen Fällen über die Schule hinaus bestehen bleiben (z. B. nehmen Jugendliche und Eltern an der Angehörigengruppe der AA teil oder gehen zur Selbsthilfegruppe „Essstörungen“).

Aus **den** Präsentationen von Freizeitgestaltungen sind eine ganze Reihe von **AGs im Ganztagsbetrieb der Schule erwachsen**, wie z. B. Judo und Taekwondo.

❖ **Professionalität durch qualitativ hochwertige Fortbildungen**

Weiterbildungen des gesamten Kollegiums, aber auch einzelner Fachkräfte, wie z. B. der Koordinatorin für Schulsozialarbeit, sind die Grundlage für die Schulerneuerung und deren Nachhaltigkeit.

❖ **Kollegium als Gemeinschaft**

Zum Schulerneuerungskonzept gehört auch die bewusste Pflege des „**Wir-Gefühls**“ in der Kollegenschaft. Trotz der Knappheit finanzieller Mittel gibt es jährlich eine Fortbildung für das gesamte Kollegium, die außerhalb der Schule stattfindet, so dass mehr Möglichkeiten der Kommunikation entstehen.

Rolle der Kommune

- ❖ Als der Schlüssel zum Erfolg gilt die vertrauensvolle und enge Kooperation zwischen Schule und Stadt.
- ❖ Dies bedeutet nicht nur die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt, sondern eine **Öffnung der Schule hin in den Stadtteil**. Beispielsweise gehört die Schule zur **Stadtteilkonferenz**. Hier werden gemeinsam mit Vertretern/Vertreterinnen aus Kirche, Ordnungsamt, Jugendamt, Polizei und vielen anderen Probleme im Stadtteil besprochen und nach Lösungsstrategien gesucht.
- ❖ Die Schule ist fester Bestandteil des alljährlichen **Sommerfestes des Stadtteils**, wobei das Stadtteilfest wiederum mit dem Schul-Sommerfest verknüpft ist. Sehr beliebt ist mittlerweile der am Stadtfest stattfindende Sponsorenwettbewerb, organisiert durch die Schule, dessen Erlöse gespendet werden (z. B. an die Opfer des Tsunamis).
- ❖ **Wohn- und Lebensumfeld im Stadtteil profitieren**
Der Stadtteil profitiert deutlich von der Zusammenarbeit mit der Schule. Die Polizei stellt fest, dass im gesamten Stadtteil kaum noch Gewaltfälle auftreten und dass die Kriminalitätsrate in diesem Stadtteil (sozialer Brennpunkt) nicht höher ist als in der gesamten Kommune.
- ❖ Der Stadtkämmerer berichtet seit langem von **erheblichen Einsparungen**, da gegenüber der Zeit vor der Schulerneuerung die Kosten für Sachbeschädigungen durch Vandalismus zurückgegangen sind.

Finanzierung

- ❖ **Qualitativ hochwertige Fortbildungen**, z. B. in konfrontativer Pädagogik oder Primärprävention im Unterricht, sind zeitintensiv (jeweils zwei bis drei Tage) und sehr teuer. Bisher werden sie aus Drittmitteln bezahlt (z. B. aus dem Erlös des Sieges bei Wettbewerben im Bereich „Gesundheitsfördernde Schulen“, Robert Bosch-Stiftung), aber die Verantwortlichen wünschen sich dringend finanzielle Unterstützung durch den Bund und das Land.

Umsetzung und Zukunftsperspektive

- ❖ In der Schule herrscht ein freundliches und offenes Klima. **Es ist gelungen, Gewalt an der Schule nahezu zu entfernen**. Dies gilt sowohl hinsichtlich der Gewalt gegen Personen, als auch gegen Sachen.
- ❖ Es ist **Unterricht in einer ruhigen und freundlichen Atmosphäre** möglich. In der gesamten Schule sind Räume und Sachmittel in einem ordentlichen und sauberen Zustand. Es gibt keine beschädigten Türen, Tische oder Wände, auch der Schulhof und die Bepflanzungen fallen durch ihre Sauberkeit auf.
- ❖ Seit Jahren werden der Schule Problemfälle von Schulen aus dem Umkreis zugewiesen, die erfolgreich integriert werden.
- ❖ Auffallend ist ein extrem **geringer Lehrerkrankenstand** und geringe Fluktuation der Lehrkräfte.
- ❖ Die Schule arbeitet weiter an ihrem Konzept, mit dem sie **neue, besonders bedürftige Zielgruppen** anspricht: Schulumüde Jugendliche ohne Abschluss und sozial benachteiligte Eltern. Schon jetzt kooperiert sie hierbei mit dem städtischen Zentrum für Arbeit und Bildung, das schon seit 1984 erfolgreich Bildung, Qualifizierung, Vermittlung und Integration in Arbeit sowie Erziehungshilfe für Menschen in sozialer Ausgrenzung bietet. Viele Schüler/-innen der Schule erhalten hier ein Mittagessen und Hausaufgabenhilfe.

Zurzeit intensiviert das ZAB seine **Elternarbeit**, geplant ist hierbei eine enge Kooperation mit der Schule.

Erfolgreiche Arbeitsprinzipien

- ❖ **Vernetzung und Kooperation** mit einem breiten Spektrum an familienrelevanten Institutionen in der Kommune
- ❖ **Qualitätsverbesserung der pädagogischen Arbeit** durch die Erarbeitung und Umsetzung neuer Konzepte
- ❖ Qualitativ hochwertige **Fortbildungen für Fachkräfte** an der Schule
- ❖ **Öffnung der Schule** in den Stadtteil hinein

Flexible bedarfsorientierte Kinderbetreuung

Best Practice-Modelle der Städte Bremen, Darmstadt (Hessen), Ellern (Rheinland-Pfalz), Groitzsch (Sachsen), Kaufbeuren (Bayern), Laer (NRW), Jena (Thüringen)

Ausgangssituation: Veränderte Arbeitswelt und schwindende Kinderzahlen

- ❖ Die Lebenslage junger Eltern ist in zunehmendem Maße durch **Arbeitszeiten außerhalb der traditionellen Zeitmuster** und durch Arbeitsverhältnisse **auf Zeit** bestimmt: So sind Eltern, die in Dienstleistungsberufen und Projekten mit kurzer Laufzeit arbeiten oder die durch den Erwerb von Zusatzqualifikationen, Praktika etc. ihre Aussicht auf eine Arbeitsstelle verbessern wollen, auf höchst flexible Kinderbetreuungsmöglichkeiten angewiesen.
- ❖ Auch bei **Krankheit der Betreuungsperson** und bei privaten Terminen (z. B. Arztbesuchen) oder bei Erschöpfung benötigen Eltern eine kurzfristige Entlastung.
- ❖ Ein weiterer Beweggrund für die Einrichtung benutzerfreundliche Öffnungszeiten sind die sinkenden Kinderzahlen, die viele Kindergärten zu Reduzierung des Personals zwingt. **Flexibilität bedeutet hier berufliches Überleben – nicht nur für Eltern, sondern zunehmend auch für die Institutionen.**

*„Vor einem Jahr bin ich noch auf taube Ohren gestoßen, wenn ich den Kindergarten um längere Öffnungszeiten gebeten habe. Mittlerweile ist der Wettbewerb so groß, dass der Kindergarten ganz von alleine länger öffnet.“
(Dietmar Tuldi, Bürgermeister von Ellern)*

- ❖ Eltern tragen diese Situation hinein in Kommunen und Kinderbetreuungsinstitutionen. Ihre berufliche Entwicklung ist davon abhängig, ob sie Gehör finden. Wie z. B. in **Jena**, wo die Arbeitsagentur feststellte, dass die Vermittlung von arbeitslosen Müttern an nicht passend vorhandenen Betreuungsangeboten scheiterte. Auch im Familienzentrum der Stadt Jena und im Rahmen einer Befragung junger Eltern durch die Universität der Stadt berichteten Eltern übereinstimmend von dem Fehlen eines passgenauen Betreuungsangebotes.

Ziel

Flexibilität von Kinderbetreuungsangeboten unterstützt Eltern, deren berufliche Situation durch **lange, unregelmäßige, begrenzte Arbeitszeiten**, Schichtdienst oder lange Fahrwege gekennzeichnet ist.

Bei plötzlichen **Ausfällen der betreuenden Person** (z. B. durch Krankheit) oder der Erkrankung eines Kindes hilft nur noch die flexibelste aller Betreuungsformen, die Notfallbetreuung. Sie verfolgt das Ziel, kurzfristig Ersatz zu schaffen oder ein **erkranktes Kind** im häuslichen Umfeld zu betreuen, wenn die Eltern dazu aus beruflichen Gründen nicht in der Lage sind (z. B. unaufschiebbare Treffen mit Geschäftspartnern etc.).

Maßnahmen

❖ Hochflexible Kita ermöglicht auch stundenweise Betreuung

Seit 2002 setzt der **Landesverband ev. Tageseinrichtungen für Kinder in Bremen** das Konzept für eine **höchst flexible** Kinderbetreuungseinrichtung in die Praxis um. In zentraler Lage mit Nähe zur Innenstadt bietet die Einrichtung **„Bremer Kids“** eine verlässliche Betreuung für Kinder im Alter von acht Wochen bis zehn Jahren an. Sie können **stunden und auch tage- oder wochenweise** betreut werden. Die 10 Plätze sind mehrfach teilbar, da einige Eltern nur einen regelmäßigen Bedarf von ca. 10 oder 15 Wochenstunden haben. Mit Ausnahme von Feiertagen ist zwischen 08.30 und 16.30 Uhr ganzjährig geöffnet. Nach Absprache mit den Eltern sind jedoch erweiterte Öffnungszeiten im Rahmen von 06.00 bis 20.00 Uhr möglich, an jedem 3. Samstag im Monat können max. acht Kinder im sog. **„Kinderhotel“** übernachten (in den Räumen der Kita).

❖ Stadt wird zum Vorreiter flexibler Öffnungszeiten

Per Modellprojekt in **Darmstadt** (139.000 Einwohner) wurde auf **Initiative des städtischen Jugendamtes** ab 2001 die Flexibilisierung von Betreuungszeiten in sechs Kindertagesstätten erprobt. Im Vorlauf hatten bei einer **Telefonumfrage des Jugendamtes** ca. 80 % der Eltern eine Übermittagsbetreuung oder eine Ganztagsbetreuung für ihr Kind gewünscht. Im Modellprojekt konnten Eltern über eine verbindliche Grundbetreuungszeit (08.00 bis 12.00 Uhr) hinaus entweder zu Monatsbeginn oder spontan zusätzliche Betreuungsstunden buchen.

Mittlerweile haben **drei von 16 Krippen, acht von 36 Horten und zweiundzwanzig von 71 Kindergärten erweiterte und flexible Betreuungszeiten**. Fast alle Einrichtungen, auch diejenigen ohne flexible Zeiten, haben von 07.00 bis 16.30/17.00 Uhr geöffnet, einige bieten nach Schließzeit gesicherte Alternativbetreuung an.

Die Kindertagesstätte des Mütterzentrums für Kinder zwischen 18 Monaten und 12 Jahren ist sogar von 07.00 bis 19.00 Uhr geöffnet und richtet sich nach den Bedürfnissen jeder einzelnen Familie. Das Motto lautet: **„Wir stellen unsere Uhren nach Familien-Zeit“**.

Der Hausfrauenbund Darmstadt e.V. bietet seit Mitte des Jahres 2006 in Kooperation mit der Stadt eine kurzfristige **„Tagesbetreuung in Notsituationen“** für Kinder unter drei Jahren an, deren Betreuungsperson plötzlich ausgefallen ist. Hier können maximal fünf Kinder bis zu 50 Stunden pro Woche betreut werden.

❖ Kleiner Ort gewinnt junge Familien durch Erweiterung von Kita-Öffnungszeiten

In dem kleinen Ort **Ellern** im Hunsrück (850 Einwohner) gibt es seit 2005 eine Krabbelgruppe für Kinder ab sechs Monaten, der Kindergarten nimmt Kleinkinder ab zwei Jahren auf, hat seine Öffnungszeiten von 14.30 auf 16.00 Uhr verlängert und bietet nachmittags eine Hortbetreuung für Grundschüler.

❖ **Ganztagsbetreuung und Integration von Kindern mit Handicaps**

Im Wettkampf um junge Familien punktet die Kleinstadt **Groitzsch** (8.600 Einwohner) mit **sechs Kindertagesstätten**, darunter eine Krippe und ein Hort. Die Hortbetreuung umschließt das Abholen von „Frühdienstkindern“ zur Schule und die Begleitung der „Fahrkinder“ bis zum Bus, der sie nachmittags nach Hause bringt. Alle Einrichtungen bieten **Ganztagsbetreuung** von 6.00 bis 16.30 Uhr. In fünf der Institutionen gibt es Integrationsplätze für Kinder mit körperlicher oder seelischer Behinderung und mit besonderem Förderbedarf, in dem evangelischen Kindergarten „Sonnenschein“ arbeiten gleich mehrere Erzieherinnen mit Zusatzqualifikationen in Sozialpädagogik, Montessori- und Kreativpädagogik sowie zwei Fachkräfte für Hauswirtschaft und Verwaltung. Hier gibt es auch für alle Kinder eine warme und gesunde Mittagsmahlzeit.

Ein weiteres Plus ist die Präsenz aller Schulformen bis zum Gymnasium vor Ort, ein Jugendtreff und ein Schülerticket, das Schülern erhebliche Preisnachlässe im Freizeitbereich gewährt (z. B. Kino, Disco, Schwimmbad).

❖ **Bedarfsorientierte Kinderbetreuung als eine Säule der Standortattraktivität**

Zur Werbeoffensive der Stadt **Kaufbeuren** (44.200 Einwohner) gehört wesentlich auch die gute Kinderbetreuungssituation: **Insgesamt 20 Kindergärten, zwei Horte und eine Kinderkrippe offerieren Ganztagsangebote** von 7.30 bis 16.30 Uhr. Auch auf Qualität wird zunehmend geachtet, z. B. haben die Fachkräfte des Hortes, dessen Klientel zur Hälfte aus Grund- und Hauptschülern mit Migrantenhintergrund besteht, Fortbildungen in Integrationsförderung, Gewaltprävention, Musik und Informatik.

Die Kinderkrippe für Kleinstkinder von der Geburt bis zum Alter von drei Jahren versteht sich ausdrücklich als eine „Familienattraktion“.

In der nordrheinwestfälischen Kleinstadt **Laer** (6.400 Einwohner) baute der Gemeinderat aufgrund des deutlichen Bevölkerungszuwachses schon ungewöhnlich früh (seit Mitte der neunziger Jahre) die Übermittagsbetreuung aus. Mittlerweile sind eine **Kinderkrippe** und die Ganztagesbetreuung in der Grundschule hinzugekommen und fünf von sieben Kindergärten betreuen ganztägig. **Das Angebot von Laer deckt den Bedarf der dort lebenden Kinder im Alter von 4 Monaten bis 10 Jahre.** Auch Qualitätsgesichtspunkte werden wichtig genommen: Beispielsweise habe die Grundschüler pro Tag eine Stunde Sport, es gibt Integrationsklassen und ein warmes gesundes Mittagessen für alle Schüler (die Eltern beteiligen sich an den Kosten mit 2 Euro pro Mahlzeit).

❖ **Kinderbetreuung für Randzeiten**

In der thüringischen Stadt **Jena** (102.500 Einwohner) baut seit 1996 das **Projekt „Familienservice“** schrittweise eine flexible Kinderbetreuung außerhalb der Kita-Öffnungszeiten auf, auch stundenweise und in Notsituationen. Träger ist der Verein „Zentrum für Familien und Alleinerziehende“.

Der Familienservice berät Familien und Unternehmen auf der Suche nach Betreuungsmöglichkeiten und vermittelt als zentrale Anlauf- und Koordinationsstelle passende Angebote.

Seit 2000 ist der Verein Träger der **Kindertagesstätte Kinderschirm**, die für 45 Kinder im Alter von 13 Monaten bis zum Schuleintritt verlängerte Öffnungszeiten von **06.00 Uhr bis 20.00 Uhr (für 45 Kinder) bietet**.

Der Familienservice selbst bietet einen **Mini-Kindergarten** an, in dem jeweils montags, dienstags und mittwochs sechs Kinder im Alter von sieben Monaten bis drei Jahren von zwei Erzieherinnen in der Zeit von 7.30 bis 12.30 Uhr betreut werden. Möglich ist z. B. auch eine Betreuung an vier Montagen im Monat. Ein weiteres Angebot des Familienservices ist seit 2003 eine **Familienpflegerin**, die haushaltsführende Personen in Notsituationen vertritt.

Hinzu kommt ein **Babysitterservice**, der Kinderfrauen zu stundenweiser Betreuung anbietet (Überbrücken von Randzeiten, Abholen von der Kindertagesstätte, Betreuung am Wochenende). Der Familienservice nimmt nach einem ausführlichen Gespräch und nach Einsicht in Referenzen und Lebenslauf die jeweilige Babysitterin in die Liste auf und vermittelt sie an eine passende Familie.

Umsetzung und Zukunftsperspektive

Aufgrund vierjähriger Erfahrung mit den „**Bremer Kids**“ hat sich herausgestellt, dass die Einrichtung vorwiegend von Eltern mit **Kindern unter drei Jahren genutzt wird**, für die durch ihre berufliche Tätigkeit (**in 400 Euro Jobs, in Schichtarbeit oder freien Berufen**) Einrichtungen mit weniger Flexibilität nicht in Frage kommen. Obwohl die Nachfrage riesig ist, müssen viele Kinder abgewiesen werden (s. Kap. Finanzierung).

Die Flexibilisierung der Betreuungszeiten in **Darmstädter Kitas** führte bei **Einrichtungen, die bereits Rückgänge bei den angemeldeten Kindern zu verzeichnen hatten, zu großem Zulauf**. Beispielsweise konnte das Friedrich-Fröbel-Haus, eine Kindertagesstätte in Trägerschaft der Evangelischen Kirche, die Zahl der betreuten Kinder um 39 % steigern. Der drohende Abbau von Personalstellen konnte nach Einführung der Flexibilisierung nicht nur vermieden werden, sondern es wurden sogar zwei neue Vollzeitstellen geschaffen.

Seit Verbesserung der Betreuungssituation in dem Dorf **Ellern** und Einführung der Babyprämie hat sich die **Zahl der Kinder innerhalb eines Jahres mehr als verdoppelt** (durch Zuzug von Familien). Die neu zugezogenen Familien sagen, dass die Kinderbetreuungssituation in Ellern einen Ausschlag dafür gab, dort hinzuziehen.

Der Familienservice in **Jena** hat sich zu einer Anlaufstelle mit reger Nachfrage entwickelt, der durchschnittlich **pro Monat 40 und mehr Anfragen seitens der Familien und von Unternehmen bearbeitet**, etwa ein Drittel der Anfragen führen zu einer Vermittlung. Familienpflegerin, Mini-Kindergarten und Babysitterservice sind voll ausgelastet. In Planung ist eine Notfallbetreuung für Kinder, deren Mutter oder Tagespflegemutter plötzlich ausfällt. Zur Zeit berät der Familienservice mit dem Unternehmen JENOPTIK AG über die Einrichtung eines Betriebskindergartens am Fertigungsstandort.

Sämtliche Einrichtungen für Kinder in **Kaufbeuren** verzeichnen gute Auslastung und vermehrte Nachfrage, ab September 2006 öffnet die **Kinderkrippe zusätzlich zu den bestehenden Gruppen eine dritte, ebenfalls mit 12 Ganztagesplätzen.**

Im Jahre 2002 verzeichnete **Laer** die höchste Geburtenquote in NRW und ist mittlerweile **deutschlandweit eine der jüngsten Städte:** Von 6.800 Einwohnern sind 1.218 Kinder im Alter von 0 bis 12 Jahren und 432 Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren. Viele junge Eltern wurden interviewt, übereinstimmend bezeichnen sie die Kinderbetreuungssituation als ausschlaggebend für die Wahl des Wohnortes.

Rolle der Kommune

Insbesondere die Kosten für hochflexible Einrichtungen für Kinder unter drei Jahren sind so hoch, dass sie der **Förderung durch öffentliche Hand und/oder Firmen bedürfen.**

Bremen übernimmt mittlerweile in städtischen Einrichtungen das Konzept des Platz-Sharing, **beteiligt sich aber nicht** an der Förderung der „Bremer Kids“, die das Konzept entwickelt und getestet haben.

In **Darmstadt** ist die **Kommune** auf den Bedarf der Eltern eingegangen und hat durch Initiierung eines Modellprojektes eine **Vorreiterrolle** für alle Einrichtungen in der Stadt eingenommen. Für diese Vorbildfunktion ist die Stadt gut geeignet, da die organisatorischen Kapazitäten des Jugendamtes sowohl Finanzierung als auch die Koordination der Beteiligung von mehreren Einrichtungen an dem Modellversuch ermöglichte. Auch wissenschaftliche Begleitung, Evaluation und Verbreitung der Ergebnisse sind für die Kommune einfacher zu organisieren als für einen einzelnen Träger.

Das Engagement der Kommune in Darmstadt bei der **Notfallbetreuung** von Kindern ist ungewöhnlich. Solche Institutionen finden sich sonst vorwiegend in freigemeinnütziger oder betrieblicher Trägerschaft. So wie in Karlsruhe, wo der Deutsche Hausfrauenbund gemeinsam mit der Betriebskrankenkasse von Siemens eine Kinderbetreuung im Notfall eingerichtet hat. Erkrankte Kinder werden bis längstens drei Tage von geschulten Tagesmüttern in ihrem Zuhause betreut, ein Anruf zwei Stunden vor Beginn des Einsatzes genügt. Eltern, die bei Siemens arbeiten, zahlen 5 Euro pro Stunde, andere 15 Euro.

Am Beispiel von **Ellern** lässt sich deutlich sehen, dass Kommunen durch gezielte Maßnahmen Überalterung und Schrumpfung entgegenwirken können.

Der Bürgermeister von **Groitzsch** sieht die **Hauptaufgabe** der Kommune in der Durchführung umfassender Maßnahmen, um **junge Eltern anzulocken.** Betreuung und Bildung gelten für ihn dabei als unabdingbare Grundlage eines Maßnahmebündels. Fünf der sechs Betreuungseinrichtungen sowie der Jugendtreff und das Schülerticket werden von der Stadt finanziert.

Der Familienservice in **Jena** (in freier Trägerschaft) ist gemeinsam mit städtisch geförderten Einrichtungen wie z. B. der Familienbildungs- und -beratungsstelle und dem Mini-Kindergarten in einem Haus untergebracht, das ein **Familienzentrum** bildet. Von den hieraus entstehenden Synergieeffekten profitieren alle Beteiligten.

Die Kommune setzt in **Kaufbeuren** klar die familienfreundliche Akzentsetzung in vielen Bereichen um und nutzt sie als **Steuerungsinstrument** für das Wachstum der Stadt.

In **Laer** sieht die Kommune ihr Engagement für Kinderbetreuung nicht als ein Instrument der Bevölkerungsentwicklung, sondern als „**Antwort auf die Bedürfnisse berufstätiger Eltern**“ (Dr. Hans-Jürgen Schimcke, Bürgermeister).

Die Kommune versteht sich als **Partnerin** der Bürger und arbeitet seit 2002 mit Eltern, Schule und Kirche in einem Verein („Initiative für Kinder und Jugendliche“) gemeinsam Konzepte für eine kinderfreundliche Gemeinde aus.

Im Jahr 2005 gewann Laer einen Preis im Internationalen Speyerer Qualitätswettbewerb (Rubrik: „Partnerschaftliche Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben“).

Finanzierung

Als Träger der „**Bremer Kids**“ gab die Bremische Evangelische Kirche vier Jahre lang eine Anschubfinanzierung von 120.000 Euro pro Jahr für acht Plätze. Die anderen beiden Plätze wurden durch Firmen bzw. Eltern finanziert. Aufgrund der **Entscheidung der Kommune, die Einrichtung nicht zu fördern**, muss jetzt nach anderen Finanzmitteln gesucht werden. Die Kommune beruft sich dabei auf das TAG, das hochflexible Kinderbetreuungseinrichtungen, die auch eine Betreuungszeit unter 10 Wochenstunden zulassen, nicht vorsehe.

In **Darmstadt** beteiligen sich die Eltern an der Finanzierung der flexiblen Betreuungsplätze. Für zusätzliche Betreuungsstunden, die einen Monat im voraus geplant sind, werden 50 Cent pro Stunde berechnet, eine spontan benötigte zusätzliche Stunde schlägt mit 2.50 Euro zu Buche. Für Kommune und freie Träger entstehen **zusätzliche Personal- und Sachkosten**. Jedoch wird von den Verantwortlichen hervorgehoben, dass die **hohe Zufriedenheit der Eltern** viele unerfreuliche Diskussionen über mangelnde Flexibilität beendet hat, dass Eltern sich mehr in die **Einrichtungen einbringen** und einige Unternehmen sich mit **Sachspenden** bedanken.

In **Ellern** sind jährlich 10.000 Euro des Gemeindeetats für die Kinderförderung festgelegt – die Skepsis des Gemeinderates hat sich mittlerweile gelegt, wie der Bürgermeister sieht er diese Aufwendungen als „**eine Investition in die Zukunft**“.

Der Familienservice in **Jena** ist eingebettet in die Bundesinitiative „Lokale Bündnisse für Familie“ und wird seit 2004 (für zwie Jahre) gefördert durch das **Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** sowie durch den **Europäischen Sozialfond**. Zur Zeit wird gemeinsam mit der Stadt nach Finanzierungsmöglichkeiten zur Fortführung des erfolgreichen Projektes gesucht.

Die Mini-Kita wird von den **Eltern** mitfinanziert (beispielsweise kostet eine Vormittagsbetreuung an vier Tagen im Monat 50 Euro), die Kosten für eine Babysitterin werden jeweils zwischen den **Eltern** und der Angestellten ausgehandelt (im Schnitt 6 Euro pro Stunde). Grundsätzlich bezahlen **Eltern** auch die Familienpflegerin aus eigener Tasche, aber sehr oft können alternative Finanzierungen gefunden werden. Beispielsweise übernehmen bei Krankheit des betreuenden Elternteils **Krankenkassen und Jugendamt** den größten Anteil der Kosten, bei Qualifizierungsmaßnahmen erwerbsloser Müt-

ter übernimmt die **ARGE** einen Teil der Kosten. Der Familienservice kennt sich mit all diesen Regelungen aus und berät Familien in Not, die oftmals nichts von den existierenden Fördermöglichkeiten wissen.

Die Kleinstadt **Laer** investiert **jährlich etwa 600.000 Euro, da sie freiwillig den Trägeranteil der Kinderbetreuungseinrichtungen**, allesamt „arme Träger“, übernimmt, für den Bau einer Betreuungseinrichtungen stellte sie kostenlos städtisches Bauland zur Verfügung.

Die Finanzierung der **Notfallbetreuung** im Falle der Erkrankung der Betreuungsperson oder eines Kindes erfolgt in der Regel durch freie Träger und / oder ein Unternehmen, wie im Falle von Siemens in Karlsruhe oder Ford in Köln („Ford-Pänz“).

Arbeitsprinzipien

- ❖ **Offenes Ohr** der Gemeindeverwaltung für Bedürfnisse der Eltern, die auch durch Umfragen ermittelt werden
- ❖ **Partnerschaft** zwischen Eltern und Kommune, z. B. durch gemeinsame Gründung von Vereinen und Initiativen
- ❖ Kommunen übernehmen **Vorreiterrolle** in den Einrichtungen ihrer Trägerschaft

II. Reaktionen der Kommunen auf den demographischen Wandel

Begrüßungsgeld für Babys

Best Practice-Modelle der Städte Ellern (Rheinland-Pfalz), Frankenberg (Sachsen), Markt Rieden (Bayern), Nieden (Mecklenburg-Vorpommern), Queidersbach (Rheinland-Pfalz), Striegistal (Sachsen), Ueckermünde (Mecklenburg-Vorpommern), Viereck (Mecklenburg-Vorpommern), Zerrenthin (Mecklenburg-Vorpommern)

Ausgangssituation: Geisterstädte und -dörfer

In strukturschwachen Gebieten, wie z. B. im Hunsrück oder im Osten Mecklenburg-Vorpommerns sind die Folgen des Geburtenrückganges und der Abwanderung besonders deutlich zu sehen: In vielen **Dörfern wurde schon seit Jahren kein Kind mehr geboren, Schulen und Läden sind geschlossen und es fährt kein Bus mehr in die Gemeinde.** Viele Städte und Gemeinden sehen diese Entwicklung auch für sich vorgezeichnet.

Beispielsweise werden in der Kleinstadt **Queidersbach** (3.000 Einwohner) in diesem Jahr noch 30 Kinder eingeschult, fünf Jahre später werden es nur noch 19 sein. Für die Bürgermeisterin stellt sich die Frage: „Wie lange können wir die Grundschule noch halten?“

Ueckermünde (11.000 Einwohner) hat seit 1990 mehr als 1.000 junge Einwohner im besten Familiengründungsalter verloren, dementsprechend sank die Geburtenquote kontinuierlich und erreichte 1994 mit 36 Kindern pro Jahr ihren Tiefpunkt (vor 1989 waren es 130 bis 170 pro Jahr).

Ziel

Das **Halten und die Anwerbung junger Familien** an einem Standort ist das Ziel aller Kommunen. Begrüßungsgeld für Neugeborene soll ein Zeichen dafür sein, dass Familienfreundlichkeit in der betreffenden Kommune eine wichtige Rolle spielt. Das Geldgeschenk und der Rahmen, in dem es überreicht wird, tragen dazu bei, dass Familien sich willkommen fühlen und **emotional eine Bindung an den Standort** entwickeln.

Maßnahmen

Als 2005 in der Gemeinde **Ellern** (850 Einwohner) die Geburtenquote von durchschnittlich zehn auf vier Kinder pro Jahr gesunken war, führte die Gemeinde eine „**Babyprämie**“ ein und schenkt seitdem jedem neugeborenen Kind in Ellern 1.000 Euro zur Geburt (250 Euro aufs Sparbuch, weitere 250 als Betreuungsgutschein und 500 Euro zum Ausbau des Kinderbetreuungsangebotes). Immerhin kamen 2005 bereits neun Familien in den Genuss des Geschenkes.

In Sachsen haben sich seit 2005 die Stadt **Frankenberg** (17 100 Einwohner) und die Gemeinde **Striegistal** (2 200 Einwohner) mit der Volksbank Mittweida zusammengeschlossen und zahlen den Neugeborenen 100 Euro **Begrüßungsgeld**. Damit wurden bisher an die 60 Familien erreicht.

In **Markt Rieden** (3.000 Einwohner) gibt es seit 1993 ein **Baby-Begrüßungsgeld** von 100 Euro für jedes dritte und weitere Kind.

Eine der kleinsten Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern, **Nieden** (205 Einwohner), schenkt seit 1995 allen frischgebackenen Eltern **500 Euro** zur Geburt. Pro Jahr profitieren hiervon zwei bis drei Familien.

Queidersbach (3.000 Einwohner) bietet seit 2006 für alle Neugeborenen der Stadt ein **Sparbuch** über 500 Euro, auf dem das Geld bis zur Schulzeit fest angelegt ist. Bis Mitte des Jahres wurden bereits 7 Sparbücher verschenkt.

Eltern von Neugeborenen in der Badestadt **Ueckermünde** (11.000 Einwohner) erhalten seit 1996 im Rahmen einer Feierstunde bei Kaffee und Kuchen (vierteljährlich) im Rathaus der Stadt einen **Spargutschein** über 500 Euro und ein kleines Geschenk für das Kind (Essbesteck). Pro Jahr werden 70 bis 80 Familien mit einem Neugeborenen auf diese Weise öffentlich geehrt.

Die Gemeinde **Viereck** im Osten Mecklenburg-Vorpommerns (1 800 Einwohner) schenkt schon seit 1990 zwischen 12 und 15 neugeborenen Kindern jährlich 500 Euro als **Willkommensgruß**.

Die Nachbargemeinde **Zerrenthin** (600 Einwohner) stemmt immerhin 250 Euro für jährlich drei bis vier neugeborene Kinder. Zusätzlich erhalten die frischgebackenen Eltern auch eine Willkommensurkunde.

Rolle der Kommune

Die Kommunen selbst sehen sich in der Rolle von Kandidaten eines Wettstreites: Gewinner ist, wer junge Familien zum Bleiben oder sogar zum Zuzug bewegen kann. Dazu gehören auch freundliche Gesten.

*„Die Kinderprämie kann lediglich eine Geste sein und muss mit vielen anderen Maßnahmen kombiniert werden, um Familien wirklich am Standort zu halten oder sie sogar für ihn zu gewinnen“
(Sven Behnke, Stadtverwaltung Ückermünde)*

Finanzierung

Die **Kommunen** haben für die Finanzierung **einen festen Etat im jährlichen Haushalt** vorgesehen wie z. B. in der 1800-Bürger-Gemeinde **Viereck**, wo jährlich 6.000 bis 7500 Euro für diesen Posten vorgehalten werden.

In der Regel kommen Städte und Gemeinden für die Kosten auf, aber in einigen seltenen Fällen gibt es auch eine finanzielle Unterstützung durch Kooperation mit einer ört-

lichen Bank. Beispielsweise teilen sich die Stadt Frankenthal und die Gemeinde Striegistal die Kosten für das Baby-Begrüßungsgeld mit der Volksbank Mittweida, in Ückermünde übernimmt die örtliche Sparkasse die Kosten für die Feierstunde, im Rahmen derer das Begrüßungsgeld überreicht wird.

Umsetzung und Zukunftsperspektive

*„Wir Eltern verstehen das Geld als ein Zeichen, das hier etwas für Kinder getan wird“
(Eine junge Familie aus Ellern)*

- ❖ Die Verantwortlichen in allen Kommunen betonen, dass ein Begrüßungsgeld für Babys **nur eine von vielen Maßnahmen** sein kann, um den Standort für junge Familien attraktiv zu machen.

Beispielsweise öffnet die Gemeinde **Ellern** parallel zur Einführung des Babybegrüßungsgeldes den örtlichen **Kindergarten** auch schon für Kinder ab zwei Jahren, verlängert die **Öffnungszeiten bis 16 Uhr nachmittags** und bietet eine **Hortbetreuung** für Grundschüler. Darüber hinaus wurde die „**Ellern-Card**“ für Familien mit Kindern eingeführt, mit der junge Familien bei 25 gewerblichen Unternehmen und Vereinen Geschenke bzw. Rabatte erhalten. Hierzu gehören z. B. die kostenlose Mitgliedschaft im Turnverein, ein Apfelbaum (Baumschule), ein Kinderstuhl (Möbelfabrik) und eine Matratze (Bettenhändler).

Tatsächlich hat Ellern **seit Einführung der Maßnahmen im Jahr 2005 schon bis jetzt neun Kinder dazu gewonnen** und damit den Zuwachs gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt. Die Nachbargemeinde **Rheinböllen** (4200 Einwohner) hat seit diesem Jahr nach dem Vorbild aus Ellern die „Rheinböllen-Card“ eingeführt.

In dem vorpommerschen Ferienort **Ueckermünde**, der für Familien außer der Babyprämie auch deutliche Rabatte beim Besuch örtlicher Attraktionen wie z. B. dem Tierpark und vielen Veranstaltungen bietet, hat sich die **Geburtenquote von 36 Kindern pro Jahr (1995) seit 2002 auf 70 bis 80 Geburten pro Jahr erhöht**.

- ❖ Es besteht auch die Tendenz, dass Kommunen zur Finanzierung des Baby-Begrüßungsgeldes Kooperationen mit Partnern aus der örtlichen Wirtschaft eingehen bzw. diese ausbauen. Ein Beispiel ist die Volksbank Mittweida, die mit weiteren Gemeinden in Kooperationsverhandlungen bezüglich eines Babygeldes steht. Die Initiative erfolgt seitens der Bank, die mit dem Geldgeschenk an junge Eltern eine wirksame Methode entdeckt hat, neue Kunden zu gewinnen.

Arbeitsprinzipien

- ❖ Durch ein Symbol wird die **emotionale Bindung** von jungen Familien an einen Wohnort gestärkt.
- ❖ Die Überreichung des Gelds im Rahmen einer öffentlichen Feierstunde und zusammen mit einer Urkunde intensiviert die **Wirkung des Willkommensgrüßes**.

Zuschüsse für den Erwerb von Wohneigentum

Best Practice-Modelle der Städte Denkendorf (Baden-Württemberg), Groitzsch (Sachsen), Hamburg, Heiligengrabe (Brandenburg), Kaufbeuren (Bayern), St. Ingbert (Saarland), Rheinböllen (Rheinland-Pfalz)

*„Bis 2020 werden wir 12 % weniger Einwohner haben als heute.
Das stellt uns vor unglaubliche Strukturprobleme.“
(Eberhard Nagel, Projektleitung „Soziale Stadt“, Stadtverwaltung St. Ingbert)*

Ausgangssituation: Wettkampf um junge Familien mit Kindern

Im gesamten Bundesgebiet ist bei einer zunehmenden Anzahl von Städten die Entwicklung zur **Verödung** und **Segregierung** zu konstatieren (7. Familienbericht, 2006).

Diese Polarisierungen entstehen zum einen durch die **Wanderungsbewegungen der besser verdienenden Familien aus der Stadt hinaus ins Umland strukturstarker Gebiete** (wo sie auch Gewerbesteuer zahlen). Im Umfeld strukturschwacher Städte hingegen geht die Nachfrage nach Bauland seit Jahren zurück, wie es das Beispiel der sächsischen Kleinstadt Groitzsch zeigt.

Zum anderen **verbleiben im innerstädtischen Bereich häufig die Familien mit geringen oder keinen Einkünften aus Erwerbsarbeit**. Oft verfügen sie über zu wenig Ressourcen, um Infrastruktur und urbanes Klima durch wirtschaftliches, soziales und kulturelles Engagement zu tragen. In manchen Stadtteilen haben Geburtenrückgang und Abwanderung dazu geführt, dass es fast kinderfreie Zonen gibt, in anderen innerstädtischen Bereichen leben überwiegend Familien und Kinder mit Migrationshintergrund (7. Familienbericht, 2006).

Stellvertretend für die Situation vieler Städte steht **St. Ingbert** (39.000 Einwohner), die vom demographischen Wandel im Saarland am zweitstärksten betroffen ist. Bereits in den letzten Jahren verlor sie 2000 Einwohner, bis 2020 wird die Stadt 12 % der gesamten Einwohnerschaft verloren haben. Für die **Infrastruktur** bedeutet dies einen einschneidenden Wandlungsprozess. Schon jetzt wird diskutiert, was z. B. mit verbeamteten Lehrkräften an Grundschulen, aber auch am örtlichen Gymnasium geschehen soll, da die Zahl der Schüler/-innen kontinuierlich sinkt.

Ziel: Anwerbung junger Eltern

*„Wir wollen gezielt junge Leute, die etwas mehr verdienen und die sonst ins Umland ziehen würden, im innerstädtischen Bereich halten“
(Senator Dr. Michael Freytag, Hamburg)*

Übereinstimmend geben die Kommunen als Zielsetzung von Eigenheimzulagen die Gewinnung von neuen, **jungen** oder bereits ansässigen Mitbürger/-innen an, die **Kinder planen** oder bereits **Eltern** sind und zudem der **mittleren Einkommensschicht** angehören.

Mit der Förderung von Wohneigentum wird ferner das Ziel verfolgt, für die ansässige **Bauwirtschaft und das Handwerk ein höheres Auftragsvolumen** zu erreichen.

Maßnahmen

Wie das Begrüßungsgeld für Neugeborene gilt auch die kommunale Eigenheimzulage als **Bestandteil eines breiten Maßnahmenbündels**, das die Mitverantwortung für die Kinder auf viele Schultern verteilt. Allerdings zeigt die Erfahrung jetzt schon, dass die für Kommunen recht teuren Eigenheimzulagen **sich auszahlen**.

❖ **Finanzielle Anreize bis Bedarf an jungen Familien erfüllt ist**

In **Denkendorf** (10 500 Einwohner) hat die Kommune von 2003 bis 2005 mit 350.000 Euro den Hausbau von 42 jungen Eltern bezuschusst, darunter vier allein Erziehende. Durchschnittlich betrug die Fördersumme 8.000 Euro.

❖ **Eigenheimzulage als kleiner Unterschied**

Zusätzlich zu den attraktiven Betreuungs- und Bildungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche bietet die sächsische Stadt **Groitzsch** (8 600) seit Mitte des Jahres 2006 eine **Eigenheimzulage** für Familien mit Kindern: Bei Errichtung eines neuen Hauses winken 1.000 Euro für jedes Elternteil und 3.000 Euro pro Kind, beim Erwerb einer gebrauchten Immobilie im Stadtkern sind es 3.000 Euro pro Elternteil und 4.000 Euro pro Kind.

„Städte wie Groitzsch gibt’s wie Sand am Meer, wenn wir junge Familien anlocken wollen, müssen wir uns hervorheben und tatsächlich ist die Zahl der Anfragen nach Bauland seit Einführung der Eigenheimzulage beträchtlich gestiegen.“
(Bürgermeister Maik Kunze, Groitzsch)

❖ **Kampf gegen Verödung und Verwahrlosung innerstädtischer Bereiche**

Seit Februar 2006 fördert **Hamburg** (1.750.000 Einwohner) mit der „**Kinderzimmerzulage**“ junge Eltern, die sich für das Wohnen im innerstädtischen Bereich entscheiden. Die Zulage erhalten junge Eltern mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren, die eine Geschosswohnung zur Selbstnutzung bauen oder kaufen. Die Förderung besteht aus einem einmaligen Zuschuss von 100 Euro je Quadratmeter Wohnfläche, maximal in Höhe von 10.000 Euro. In diesem Programm gelten deutlich **höhere Einkommensgrenzen** als in der traditionellen Eigentumsförderung: So kommt ein junges Paar mit zwei Kindern und einem Jahresbruttoeinkommen von ca. 84.000 Euro noch in den Genuss der Kinderzimmerzulage.

❖ Förderung des Eigenheimbaus ist keine Frage von Größe oder Prosperität

Die brandenburgische Kleinstadt **Heiligengrabe** (5.000 Einwohner) gewährt Familien mit Kindern maximal **12.000 Euro Zuschuss** zum Erwerb, zur Instandsetzung oder zum Bau von selbst genutztem Wohneigentum. Die Höhe der Zuschüsse richtet sich nach Kinderzahl und Höhe der Investition (Mindestinvestition: 50.000 Euro) durch den Bauträger.

Die Zuwendung wird in Form eines zinslosen Darlehens gewährt, das nach zehn Jahren auf Antrag teilweise in einen **nicht rückzahlbaren Zuschuss umgewandelt werden kann**. Die Umwandlung erfolgt in Höhe von 500 Euro pro Jahr für jedes Kind unter 15 Jahren im elterlichen Haushalt.

❖ Lokale Unternehmen profitieren, wenn Familien beim Erwerb von Wohneigentum unterstützt werden

In **Kaufbeuren** (42.000 Einwohner) ergab die Bestandsaufnahme zur Lage der Stadt: „Zu viele Senioren, zu wenig Junge“.

Zusätzlich zu dem überdurchschnittlich umfangreichen Kinderbetreuungsangebot (vgl. Kap. Flexible Kinderbetreuung) winkt Familien seit dem 1.1.2006 auf Initiative des Bürgermeisters Bosse auch die „**Kaufbeurener Eigenheimzulage**“, eine der vielen familienfreundlichen Maßnahmen der Stadt, für die offensiv geworben wird.

Schon die Beschilderung sämtlicher Einfahrtsstraßen nach Kaufbeuren wird zur Werbung eingesetzt: Unter dem Logo, das ein Haus und eine mehrköpfige Familie zeigt, befindet sich der Ortsname „**Familienziel Kaufbeuren**“. Die Stadt schenkt Familien mit Kindern bis zu

20.000 Euro (5.000 Euro pro Kind) für den Bau oder Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum in Kaufbeuren. Voraussetzung ist eine Mindestinvestition von 200.000 Euro durch die Familie, deren Bruttojahreseinkommen nicht die Grenze von 80.000 Euro übersteigen darf (70.000 Euro bei Alleinerziehenden). Unter den Begriff Kinder fallen auch diejenigen in Ausbildung und Studium sowie ungeborene Kinder (Vorlage des Mutterpasses).

Zu der Eigenheimzulage gesellen sich weitere „**Leckerbissen**“ (Zitat der Werbebroschüre) wie die Übernahme der Jahresgebühren für die Kinderbetreuung von maximal zwei Kindern durch drei Bauträgerfirmen, eine kostenlose Jahresfreifahrkarte der Stadtverkehrsbusse für jedes Familienmitglied, 20 % Rabatt auf Dauerafahrkarten der DB und Vergünstigungen des Energieversorgers VWEINWOHNER

Diese Angebote vermarktet die Stadt mit Hilfe von Sponsoren in Form einer massiven **Werbekampagne** um junge Eltern, die in München oder Augsburg arbeiten. Beide Städte sind von Kaufbeuren aus per Bahn in 45 bis 60 Minuten erreichbar.

Promotion - Aktionen am Münchener Hauptbahnhof, 70.000 Flyer in der Süddeutschen Zeitung sowie ständige Werbeaktionen in der Immobilienrubrik regionaler und überregionaler Zeitschriften und die Präsenz auf Musterhausiedlungen um München und Augsburg gehören zur Werbeoffensive der Stadt.

- ❖ **Mittelgroße Städte** in der Nähe von Großstädten haben mit kommunaler Eigenheimzulage ein Plus an Attraktivität

St. Ingbert (39.000 Einwohner) im Saarland behauptet sich u. a. mit einer **Eigenheimzulage** von 5.000 Euro pro Kind unter 18 Jahren (für den Bau eines Reihen- oder Doppelhauses) gegen die Abwerbung von Einwohnern durch die nahe gelegenen großen Städte Saarbrücken und Homburg.

Wie Groitzsch wirkt auch St. Ingbert der Entleerung von Stadtkernen entgegen, indem erhöhte Fördermittel gezahlt werden, wenn Familien Wohneigentum in innerstädtischen Bereich erwerben.

Familien (mit mindestens einem Kind unter 14 Jahren), die alten Baubestand in der Innenstadt zur Eigennutzung sanieren, erhalten seit 2005 einen nicht zurückzahlbaren Zuschuss in Höhe von 11.000 Euro. Bei jedem weiteren Kind erhöht sich der Zuschuss um 3.000 Euro.

Darüber hinaus bietet die Innenstadt Räume und Angebote für Jugendliche, wie ein „**Kinderfreizeithaus**“ und einen „**Bolz- und Fußballplatz**“ in 30 Meter Entfernung von Markt und Rathaus; eine Skateranlage in unmittelbarer Nähe befindet sich in Planung.

Die kleine Gemeinde **Rheinböllen** (4.200 Einwohner) schenkt jeder Familie 1.800 Euro, die dort ein Baugrundstück kauft.

Rolle der Kommune

- ❖ Innerhalb der finanziellen Anreize für Familien gilt die Förderung des Erwerbs von Wohneigentum mittlerweile als eine **besonders wirkungsvolle Methode, die Anziehungskraft** einer Kommune auf Familien mit Kindern zu erhöhen. In **Denkendorf** hat die Kommune dieses Instrument so wirkungsvoll gegen Überalterung und Schrumpfung eingesetzt, dass nach drei Jahren bereits genug junge Familien dort hingezogen wurden, um den Fortbestand der Gemeinde zu sichern.
- ❖ Die Kommunen begründen ihr Engagement auch damit, dass die **örtliche Bauwirtschaft** angekurbelt wird und die **Infrastruktur** besser ausgelastet werden kann.
- ❖ Das Engagement der Städte und Gemeinden macht deutlich, dass Kommunen um ihre Existenz kämpfen. Bezeichnend ist der Begriff des „**Einwohnerkannibalismus**“ mit dem der harte Wettbewerb gekennzeichnet wird. Nach den Prognosen des Berlin-Instituts (2006) müssen schrumpfende Kommunen aus Eigeninteresse in Familien und Kinder investieren, denn ohne diese sind langfristig keine Steuereinnahmen zu gewinnen. Kinder sind der Garant für Konsum und für die Nachfrage nach Dienstleistungen.

- ❖ Nach den Prognosen des Berlin-Instituts (2006) wird es schon in wenigen Jahren eindeutige **Gewinner und Verlierer** des Wettbewerbes geben. Vorgeschlagen wird, funktionslose Gemeinden und Quartiere aufzugeben, den verbliebenen Bewohnern bei der Umsiedlung zu helfen und die Anstrengungen auf Städte und Gemeinden mit Potential zu konzentrieren. Im Kern der Anstrengungen müssen Familien und Kinder stehen.

Finanzierung

- ❖ Wie sehr Städte und Gemeinden auf die Sogkraft von Eigenheimzulagen setzen, zeigt sich schon daran, dass auch kleine Kommunen hohe Beträge im Jahreshaushalt für Wohneigentumserwerb reservieren. Beispielsweise hat die **Kleinstadt Heiligengrabe in anderthalb Jahren zwanzig Familien mit 100.000 Euro** bezuschusst. Der Bürgermeister sieht die Ausgaben als Investition in die Zukunft: „**Wir halten lieber zehn Familien, als dass wir einen Kreisel bauen.**“ (Egmont Hamelow, Bürgermeister von Heiligengrabe)
- ❖ Die Städte und Gemeinden erreichen eine **Gegenfinanzierung** durch stabile Einwohnerzahlen und diese bringen verlässliche Einnahmen über allgemeine und investive Schlüsselzuweisungen sowie durch den Schülernebenansatz und Grundsteuer B.
- ❖ Die Vergabe der Fördermittel wird in der Regel von der **städtischen Verwaltung** mit übernommen, wie z. B. dem Liegenschaftsamt (St. Ingbert) oder der Abteilung Wirtschaftsförderung (Kaufbeuren).
- ❖ Zunehmend besteht die Tendenz, dass Kommunen mit der örtlich ansässigen **Privatwirtschaft kooperieren**. In **Kaufbeuren** werden familienfreundliche Maßnahmen von über **60 Unternehmen (z. B. Architekten, Bauträger, Banken, Handwerksbetrieben, Geschäften für Baubedarf)** unterstützt, die eng mit der Abteilung Wirtschaftsförderung zusammenarbeiten. In kurzer Zeit haben sie in einem Fonds über 50.000 Euro bereitgestellt, die für die Vermarktung des Familienziels Kaufbeuren verwendet werden.
In **Groitzsch** steht der Bürgermeister in Verhandlungen mit Firmen, die Eigenheime bauen, und die planen, Kunden mit Kindern bis zu 10.000 Euro an Kosten zu erlassen.

Umsetzung und Zukunftsperspektive

In den allermeisten Fällen locken Eigenheimzulagen junge Eltern mit Kindern tatsächlich in die entsprechenden Städte und Gemeinden.

In der Neufassung von Handlungsrahmen einiger Städte und Gemeinden wird der Förderung von Wohneigentumsbildung durch junge Familien neuerdings ausdrücklich eine „fundamentale Bedeutung“ für die Zukunft der Stadt zugemessen wie z. B. in **Braunschweig** (Programm- und Handlungsrahmen der Stadt Braunschweig vom Juli 2006).

In **Denkendorf** haben 42 Familien mit 92 Kindern mit Hilfe des auf drei Jahre befristeten Förderprogramms Wohneigentum erworben, davon kamen mehr als drei Viertel aus dem Großraum Stuttgart, Esslingen. Die meisten der Familien sind in ein Neubaugebiet gezogen, das nun ausgelastet ist. Schon im ersten Jahr der Förderung stieß das Wohnbauförderprogramm auf so reges Interesse, dass der Förderrahmen für das gesamte Jahr (100.000 Euro) bereits im Januar ausgeschöpft war.

In **Hamburg** wurden binnen eines halben Jahres bereits **26 Haushalte** im innerstädtischen Bereich mit durchschnittlich 9600 Euro pro Haushalt gefördert.

Seit dem Beginn der Fördermaßnahme Ende des Jahres 2004 in **Heiligengrabe** wurden bereits **20 Familien** erreicht, von denen zwei Familien ohne den Zuschuss nicht hätten bauen können.

Seit Einführung der Eigenheimzulage zu Beginn des Jahres 2006 liegen in **Kaufbeuren** schon über **100 Anfragen vor und für zehn Familien mit 20 Kindern** sind die Fördermittel bereits bewilligt. Etliche der jungen Eltern, die nach Kaufbeuren ziehen, haben ihren Arbeitsplatz in einer der großen Städte in der Nähe Kaufbeurens und haben Kaufbeuren ganz bewusst als Wohnort ausgewählt.

In **St. Ingbert** wurde die Eigenheimzulage für Neubauten ca. **zehn Familien** gewährt, die Fördermaßnahmen zur Haussanierung wurden bisher noch nicht beansprucht.

Im Idealfall, wie in Kaufbeuren, **ziehen Unternehmer bzw. Neuinvestoren den Familien hinterher**, aber auch schon das Halten und der Zugewinn von Familien wird als Erreichen des Ziels betrachtet: Fast alle Städte und Gemeinden verzeichnen ein spürbar größeres und steigendes Interesse seitens potentieller Neueinwohner.

Erfolgreiche Arbeitsprinzipien

- ❖ Kommunen schaffen **Entscheidung für und emotionale Bindung an einen Ort**, indem sie junge Eltern aus der Mittelschicht in dem existentiellen Bereich des Wohnens finanziell unterstützen.
- ❖ Diese Unterstützung schafft eine „Double-Winner“ – Situation: Junge Menschen mit Kindern können sich ihren **Traum vom Eigenheim** erfüllen und die Kommunen profitieren von einer **ausgelasteten Infrastruktur und vermehrter Gewerbesteuer** durch gefüllte Auftragsbücher der ansässigen Bauwirtschaft.

III. Zukunftsmodelle: Neue Zeit-, Wohn- und Lebensentwürfe

Zeitwohlstand für Familien

Projekt „Familiengerechtes Hanau – eine Stadt baut Zeitbrücken zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ Best Practice-Modell der Stadt Hanau (Hessen)

Ausgangssituation: Zeitstress und Überforderung als Preis der Fürsorge für Kinder und Pflegebedürftige

- ❖ Ausgehend vom Frauenbüro der Stadt wurde in Hanau (mit 94.000 Einwohner eine der größten Städte Hessens) schon Mitte der 90er Jahre erkannt, dass der Alltag für Eltern trotz der Existenz von Kinderkrippen, -horten und Kindergärten oft von erheblichem Zeitstress geprägt ist. Die Repräsentantinnen von Verbänden, Parteien und Bürgerschaft berichteten im Hanauer Frauenplenum, dass Familien tagtäglich mit oft unlösbaren Problemen konfrontiert werden: Wie bringe ich mehrere Kinder zum Kindergarten/Schule und komme pünktlich zur Arbeit? Wer ist zuhause, wenn Handwerker und Post kommen? Wann können Arzttermine etc. wahrgenommen werden ohne dafür einen Tag Urlaub nehmen zu müssen?

Bei der Pflege erkrankter Angehöriger strebt der Anteil der Zeit von Pflegenden für sich selbst gegen Null: Selbst ein Frisörbesuch, die Wahrnehmung einer Einladung zum Nachmittagskaffee oder ein Einkauf werden häufig zum unlösbaren Problem.

- ❖ Die im Frauenplenum vertretenen Frauen suchten zusammen mit dem Frauenbüro nach Lösungsmöglichkeiten und stießen auf das Potential einer **innovativen Zeitpolitik**. Unter der Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters Claus Kaminsky wurden die Öffnungszeiten von **Kindertagesstätten** in einem Pilotprojekt erweitert und Impulse für familiengerechte Personalpolitik in den **Betrieben und Unternehmen** gegeben.

Seit Oktober 2004 (bis September 2006) hat das Frauenbüro durch die **Koordinierungsstelle für Zeitfragen** Verstärkung bei der Schaffung familienfreundlicher Zeitstrukturen in der Stadt erhalten. Nach erfolgreicher Bewerbung des Frauenbüros wird die Koordinierungsstelle (mit drei halben Stellen) als Innovationspilot der „Lokalen Bündnisse für Familie“ für knapp zwei Jahre vom Bundesfamilienministerium und der Europäischen Kommission gefördert.

Ziel

Ziel der neuen Zeitpolitik ist, den täglichen Zeitstress für Erziehende und Pflegende zu reduzieren. Es geht um eine deutliche Steigerung der Lebensqualität in den Familien und eine bessere Balance von Familie und Beruf durch familienfreundliche „Zeitbrücken“, „Zeitfenster“ und „Zeitinseln“.

Maßnahmen

Im Rahmen des Projektes entstand bereits in kurzer Zeit ein Netzwerk mit dem Ziel, Zeittakte im **Arbeitsleben**, im **Nahverkehr**, bei **Dienstleistungen** und **Behörden** aufeinander abzustimmen.

Schon bei der Planung des Projektes wurde auf eine möglichst **breite Beteiligung aller familienrelevanten Kräfte** (u. a. Frauenplenum, Kirchen, Verbände, Wohlfahrtsverbände, Einzelhandel, Unternehmen, DGB) in der Stadt geachtet, die in einem Projektbeirat zusammengefasst wurden.

Zur Projektvorbereitung gehören Denkwerkstätten für alle Bürger/innen, eine intensive Öffentlichkeitsarbeit sowie die Beibehaltung eines Projektbeirates, einer Lenkungsgruppe und des Koordinationsbüros Zeitbrücken.

❖ Dienstleister schaffen Zeitfenster

- ❖ Auf Initiative des Projektes werden in Zusammenarbeit mit den **Dienstleistern Post, Ärzten, Handwerksbetrieben, dem Einzelhandel, der Verwaltung und den Stadtwerken Öffnungszeiten und Serviceangebote familienfreundlicher** gestaltet.
- ❖ Der **Paketdienst der Post (DHL)** verlegte nach kurzen Verhandlungen eine abgelegene Paketabholstation in den Innenstadtbereich, wo es bis dahin keine Abholstation gegeben hatte und plant, weitere Abholstationen an gut erreichbaren Orten der Stadt einzurichten.
- ❖ Nach mehreren Treffen zwischen Koordinierungsstelle für Zeitfragen, dem Oberbürgermeister und der **Ärzeschaft der Stadt** richteten 13 Praxen familienfreundliche Öffnungszeiten an Samstagvormittagen und zur Abendzeit ein. Sie sind im Internet abrufbar.
- ❖ Auf Einladung der Projektleitung, der Kreishandwerkerschaft und des Oberbürgermeisters wurde mit den **Handwerksbetrieben** vor Ort die Einführung familienfreundlicher Öffnungszeiten diskutiert, worauf an die 20 Betriebe ihre Öffnungszeiten veränderten bzw. erweiterten. Diese Betriebe sind im Internet und auch in Papierform veröffentlicht.
- ❖ Die örtliche „Marketing GmbH“ organisierte mit der Berufsschule eine Befragung des **Einzelhandels** in Hanau bezüglich **familienfreundlicher Serviceangebote** (Wickeltische, Spielecken etc.). Zusammen mit dem lokalen Bündnis für Familien wurden die Ergebnisse für etwa 50 Geschäfte durch einen Flyer öffentlich gemacht, dessen erste Auflage durch den Oberbürgermeister in einer werbewirksamen Aktion verteilt wurde.
- ❖ Nach einer Überprüfung der Servicezeiten der **Verwaltung** wurden Öffnungszeiten erweitert und es ist in allen Ämtern und Fachbereichen möglich, Termine auch außerhalb der Sprechzeiten zu vereinbaren.

- ❖ Die Koordinierungsstelle reagierte auch auf die Wünsche von Familien nach einer Öffnung der beiden Hanauer **Hallenbäder** am Sonntagnachmittag. Nach Verhandlungen mit den Stadtwerken wurde eine nachmittägliche Öffnung zunächst für eine begrenzte Zeit getestet und nach erfolgreicher Testphase durch die Stadtwerke in einem Hallenbad fest eingerichtet.

❖ **Zeitbrücken und Zeitinseln**

- ❖ Die Koordinierungsstelle richtete eine **Vermittlung von Eltern, die stundenweise Kinderbetreuung suchen, an ehrenamtliche Seniorinnen und Senioren** ein. Hierzu gehörte die Eröffnung einer Datenbank für Kinderbetreuungs-Suchende und -Bietende mit Kriterien, die eine passende Zuordnung nach Stadtteilen, Zeiten, Alter der Kinder usw. ermöglichen.

Mit den Ehrenamtlichen werden persönliche Erstgespräche geführt, bei Fragen und Schwierigkeiten bietet das Koordinationsbüro für Eltern und Ehrenamtliche Begeleitung an.

Von den 120 suchenden Eltern, die die Datenbank bereits verzeichnet, benötigt ca. die Hälfte eine stundenweise Kinderbetreuung, um ihre Berufstätigkeit ausüben zu können. Viele brauchen eine Randbetreuung vor oder nach der Kindertagesstätten-Öffnungszeit. Auch die Zeiten der Rekonvaleszenz von Kindern (nach einer Krankheit, bevor sie wieder in die Einrichtung gehen können) möchten viele Eltern gerne mit einer Zeitbrücke lösen.

Annähernd die Hälfte der Suchenden formulierte den Wunsch nach Kontakt zur älteren Generation für ihre Kinder, da kein Bezug zu den leiblichen Großeltern vorhanden ist.

Die Motive der Ehrenamtlichen, Kinderbetreuung anzubieten, sind vorwiegend, den Kontakt zu Kindern nicht zu verlieren und eine sinnvolle Tätigkeit auszuüben.

- ❖ **„Wer pflegt die Pflegenden“** war das Thema einer vom Koordinationsbüro veranstalteten Veranstaltung zum Thema der Entlastung von Pflegenden. Auch hier fungiert das Koordinationsbüro als Stelle, die für das Teilprojekt wirbt und Entlastung Suchende mit ehrenamtlichen Hilfsangeboten zusammenbringt. Derzeit bestehen 12 Zeitinseln zur Entlastung von Pflegenden, in deren Rahmen Ehrenamtliche Pflegedürftigen vorlesen, ein nettes Gespräch mit ihnen führen oder mit ihnen spazieren gehen.
- ❖ Das Koordinationsbüro ist der Initiator einer großen **Öffentlichkeitsoffensive**, um auf verschiedenen Wegen für die Teilnahme an dem Projekt zu werben. Hierzu gehören beispielsweise die Entwicklung und breitflächige Verteilung von Flyern (z. B. für die Werbung von Ehrenamtlichen), die Einrichtung einer Internetseite mit aktuellen Infos, Pressekonferenzen, Familientage, Kennenlernfeste für Eltern und ehrenamtliche Betreuungspersonen, und themenbezogene Veranstaltungen, wie z. B. eine Tagung zum Thema der Pflege von pflegebedürftigen Angehörigen.

- ❖ Das Projekt hat erreicht, dass sich das **Spektrum familienpolitisch aktiver Partner ständig erweitert** – Zeitpolitik für Familien ist zur Gemeinschaftsaufgabe geworden. Beteiligt sind bereits die Stadtverwaltung, Unternehmen, Gewerkschaften, der Einzelhandel, Kammern, Vereine, Verbände, Stiftungen sowie die evangelische und katholische Kirche. Hinzu gekommen sind Ärzte/innen, Schulen, Sportvereine und Anbieter aus dem Kulturbereich.

Rolle der Kommune

*„Der Oberbürgermeister hat Zeitpolitik zu seinem Thema gemacht.“
(Imke Meyer, Frauenbüro)*

- ❖ Die **aktive Unterstützung des Bürgermeisters** gilt als eine wichtige Voraussetzung für die Neugestaltung der Zeitstrukturen in der Stadt. Der Bürgermeister begleitet und eröffnet alle öffentlichen Projekt-Veranstaltungen und übernimmt zusammen mit dem Koordinationsbüro die erste schriftliche oder mündliche Kontaktaufnahme mit Projekt-Partnern wie z. B. der Post - DHL, der Ärzte- und Handwerkerschaft.
- ❖ **Die initiierende und tragende Rolle spielt das städtische Frauenbüro**, das den durch die Bürgerschaft artikulierten Bedarf als erstes aufnahm und schon seit 1996 an der Verwirklichung einer neuen Zeitpolitik arbeitet. Das Frauenbüro holte auch 2004 das Projekt „Familiengerechtes Hanau – eine Stadt baut Zeitbrücken“ mit Fördermitteln (vgl. Finanzierung) nach Hanau. Dieses Projekt konnte maßgeblich auf den Vorleistungen des Frauenbüros aufbauen und sehr schnell in vielen Bereichen Ziele erreichen.

Finanzierung

- ❖ Die Finanzierung des Projektes geschieht durch die Fördermittel des Bundesfamilienministeriums und des Sozialfonds der EU. Allerdings laufen diese Fördermittel im Dezember 2006 aus und gegenwärtig wird versucht, eine Finanzierung einzelner Teilprojekte, wie z. B. der „Zeitbrücken“ für die Zukunft zu sichern.

Umsetzung und Zukunftsperspektive

- ❖ Von allen Teilprojekten verzeichnen vor allem die „Zeitbrücken“ einen regelrechten Boom. Die Nachfrage der Eltern ist so groß, dass das Koordinationsbüro nicht nachkommt.
- ❖ Andere Teilprojekte sind auf den Weg gebracht, brauchen aber noch Zeit, um sich weiterzuentwickeln. Ein Beispiel ist die noch ausstehende gemeinsame Planung der Öffnungszeiten durch die Ärzteschaft in Hanau, so dass Praxen der einzelnen Fachrichtungen mit ihren erweiterten Öffnungszeiten rotieren könnten.

- ❖ Ausgebaut werden sollen beispielsweise auch die Vater& Kind-Angebote, bei denen Kinder und Väter zusammen agieren und etwas lernen können. Bisher wurden vereinzelte Angebote initiiert, die in kleinen Flyern zusammengefasst und beworben wurden.
- ❖ In der Planung befindet sich eine Zeitpolitik für die große Gruppe der Erwerbslosen.
- ❖ Insgesamt wird deutlich, dass in der Projektlaufzeit von zwei Jahren sehr viel bewegt wurde, dass aber weitere Zeit benötigt wird, um aus den ersten Erfahrungen zu profitieren, die Teilprojekte weiter zu entwickeln und fest im Alltagsleben der Stadt zu integrieren.
- ❖ **Hanau macht Schule: Hafencity Hamburg als neues Projekt**

Zur Zeit wird in Hamburg damit begonnen, in dem neu entstehenden Stadtteil Hafencity eine **optimale Anpassung der Alltagsstrukturen an die Bedürfnisse von Familien zu erreichen**. Beteiligt sind die zukünftigen lokalen Arbeits- und Dienstleistungsgestalter sowie Haushalte, die dort leben und arbeiten werden. Zu den Beteiligungsverfahren gehören Sondierungsgespräche, Workshops und Umfragen bei den Beschäftigten der Unternehmen und den Eltern von Grundschulkindern.

Ein Schlüsselthema ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, ein weiteres die Neugestaltung der Grundschule als Zentrum des Lernens und des sozialen Lebens für alle Bewohner des Stadtteils.

Das **Realexperiment** wird vom Institut für Stadt- und Regionalökonomie an der Hafencity Universität Hamburg durchgeführt.

Erfolgreiche Arbeitsprinzipien

- ❖ **Politik für Familien** ist in der Verwaltung der Stadt fest etabliert, der Motor ist das Frauenbüro.
- ❖ Die Stadt, hier **vertreten durch das Frauenbüro**, reagiert auf aktuelle Lebenslagen und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger
- ❖ Bereits existierende bzw. in der Entwicklung befindliche Konzepte (hier: „Zeitpolitik“) werden genutzt, um **Lösungen für die Praxis** zu gewinnen
- ❖ Viele einzelne Aktionen sind ausdrücklich einem übergeordneten Ziel verbunden: **familien- bzw. menschenfreundlichen Zeittakten für das Alltagsleben** der Menschen in der Stadt

Lebensqualität für Familien durch neue Wohn- und Lebensformen

Projekt „Stellwerk 60“ Best Practice-Modell der Stadt Köln (NRW)

*„Hier lassen sich unsere Interessen als Eltern mit denen unserer Kinder unter einen Hut bringen: Wir müssen auf das kulturelle Angebot Kölns nicht verzichten und unsere Kinder können auf der Straße spielen.“
(Hauseigentümerin im „Stellwerk 60“ und Mutter von kleinen Kindern)*

Ausgangssituation: Städte ohne Räume zum Spielen und Verweilen

- ❖ Die Bürgerinitiative „**Autofreie Siedlung in Köln e.V.**“ wollte zugeparkte Bürgersteige und Spielstraßen, Abgase und Lärm durch Autos nicht länger hinnehmen. Der Erfolg kann sich sehen lassen: Im Dezember 2005 wurde auf einer **Fläche von fast 60.000 Quadratmetern** (Gebiet des ehemaligen Eisenbahnausbesserungswerks) mit dem Bau von **ca. 400 Wohneinheiten begonnen**. Mit Hilfe einer Treuhandgesellschaft als Projektentwickler entsteht hier die größte autofreie Siedlung Deutschlands. Die ersten Häuser und Wohnungen sind im Oktober 2006 bezugsfertig, bis 2009 soll die Bebauung abgeschlossen sein.
- ❖ Das Gebiet gehört zum **innenstadtnahen** Stadtteil Nippes, der eine **gewachsene und lebendige Infrastruktur** besitzt, mit vielen Einkaufsmöglichkeiten und attraktiven kulturellen Angeboten.

Ein Vorbild ist die **Vauban-Siedlung in Freiburg**, in der mittlerweile an die 5.000 Menschen leben.

Ziel

- ❖ In diesem Projekt geht es um ein neues **Lebens- und Wohnmodell, das das generationenübergreifende Zusammenleben** von Menschen fördert. Die autofreie Siedlung zielt auf einen Gewinn an Wohn- und **Lebensqualität** durch eine neue Art zu leben. Die Bewohnerschaft möchte autofrei wohnen ohne auf ihre Mobilität zu verzichten, weitere Ziele sind die aktive Gestaltung der Gemeinschaft, generationenübergreifendes Wohnen, mehr Grünflächen und Sicherheit.
- ❖ Zielgruppen sind Familien mit Kindern, sowie Paare und Alleinstehende aller Altersstufen.

Maßnahmen

❖ Autofrei

Innerhalb der gesamten Siedlung besteht ein **Fahr- und Parkverbot für Kraftfahrzeuge**. Autobesitzer müssen einen Stellplatz in einem Parkhaus außerhalb des Wohnbereiches erwerben. An zwei Orten der Siedlung besteht die Möglichkeit zum CarSharing, die Einrichtung eines zusätzlichen Taxistandes ist geplant und das Wohngebiet ist optimal an den ÖPNV und Fahrradwege in die Innenstadt angebunden.

❖ Naturnah

Das durchgrünte Gelände mit Laubengängen und Spielplätzen bietet öffentliche Verweilzonen, die Kommunikation und Spiel für alle Altersgruppen fördern.

❖ Generationenübergreifend

Das Projekt zeichnet sich durch das **Nebeneinander verschiedener Bevölkerungsgruppen und mehrerer Generationen** aus. Auf dem Gelände werden neben Ein- und Mehrfamilienhäusern auch öffentlich geförderte Wohnungen, darunter auch Kleinstwohnungen für Studierende und Singles sowie barrierefreie Seniorenappartements errichtet.

In den **13 Seniorenwohnungen**, die schallgeschützt im Zentrum des Wohngebietes platziert sind, gibt es weder Stufen noch Schwellen, dafür aber breite Türen und viele weitere spezifische Architekturelemente.

❖ Umweltschonend

Neben den Gebäuden in konventioneller Bauweise entstehen auch Solarpassiv-Häuser/Eigentumswohnungen.

Die „**Solarpassiv-Häuser**“ haben durch hochgradig wärmegeämmte Wände und Fenster sowie einem speziellem System der Wärmegegewinnung aus Sonnenkraft 90 % geringere Heizkosten als herkömmliche Häuser.

❖ Gestaltete Gemeinschaft

Geplant sind **Gemeinschaftsräume und ein Mobilitätszentrum**, eine Art gemeinschaftlicher Geräte- und Handwerksraum, in dem die Bewohnerschaft sich Geräte zur Garten- Haus- und Bauarbeit ausleihen kann.

Einige der künftigen Hausbesitzer und Interessenten haben bereits die Anwohner-Initiative „**Nachbarn 60**“ gegründet, die in absehbarer Zeit in einen Verein umgewandelt werden soll. Schon jetzt treffen sich ca. 50 Personen regelmäßig, um bei der Gestaltung der Siedlung und des Umfeldes mitzuwirken.

In verschiedenen Arbeitsgruppen werden Themen wie Außengestaltung, Gruppenraum, Straßennamen, Parkhaus, Mobilitätszentrale und die Etablierung von Angeboten wie nachbarschaftliche Kinderbetreuung besprochen und zur Umsetzung vorbereitet.

Rolle der Kommune

❖ Stadt spielt tragende Rolle bei Umsetzung

Die **Stadt Köln** ist ständiger Verhandlungspartner der Treuhandgesellschaft, die das Projekt entwickelt. Die Stadt war schon bei der Planung des Projektes durch den Arbeitskreis „Autofreie Siedlung Köln e.V.“ beteiligt und nutzt ihre Kompetenzen und Rechte, beispielsweise im Rahmen der Bauplanung, zur **Unterstützung** des Projektes.

Wie ein Überblick über den Verlauf ähnlicher, allerdings weitaus kleinerer Projekte in ganz Deutschland zeigt, spielt die **Stadt bei der Verwirklichung eines solchen Projektes eine maßgebliche Rolle**. Weit über 60 % von geplanten Projekte (wie z. B. in Aachen „Burggrafenstraße“ oder Berlin „Stralauer Halbinsel“) wurden in der Vergangenheit politisch verhindert (Erfahrungen & Trends autofreier Wohnprojekte, 2006).

Finanzierung

- ❖ Das Investitionsvolumen beträgt 65 Millionen Euro. Der Quadratmeter-Preis für die umweltfreundlichen Eigenheime auf einem der letzten „Filetstücke“ **im innenstadtnahen Bereich liegt bei 2400 Euro**.

Umsetzung und Realisierung

- ❖ Nach 14 Monaten Vertrieb sind für die Hälfte der Wohneinheiten Käufer oder Investoren gefunden. Die Nachfrage nach den energiesparenden Solarpassivhäusern bzw. -wohnungen war besonders groß: es sind bereits alle verkauft und **weitere 21 Eigentumswohnungen in Solarpassivbauweise** werden gerade errichtet.
- ❖ Aufgrund der großen Nachfrage seitens **Studierender** sind nun Wohnungen für diese Bevölkerungsgruppe in Planung.

Erfolgreiche Arbeitsprinzipien

- ❖ Das Projekt setzt auf einen **ganzheitlichen Neuansatz in Bezug auf Wohnen und Leben**, der auf Gemeinschaft zwischen Menschen und Harmonie zwischen Mensch und Natur zielt.
- ❖ Die Stadt unterstützt **innovative Lebensentwürfe** der Bürgerinnen und Bürger

Fazit

Zufallsfaktoren bestimmen Qualitätsentwicklung

Die Initiierung und Umsetzung von Qualitätsoffensiven in Gesundheitsämtern, Krankenhäusern, Kitas und Schulen hängt oft von kommunalen Institutionen bzw. vielfältigen Faktoren ab, wie: der Kraft, der Bereitschaft und der **Kompetenz von Funktionsträgern in Institutionen**, dem Gewinn eines Förderpreises oder von dem guten Willen und der Finanzkraft lokaler Sponsoren.

Wenn man bedenkt, dass die öffentliche Hand hohe Folgekosten spart, wenn Kinder gesund heranwachsen, Eltern Sprachkenntnisse und Erziehungskompetenzen erlangen und Jugendliche erfolgreich Schule und Ausbildung abschließen, so ist es erstaunlich, dass bei der Förderung dieser Entwicklung Zufallselemente nicht selten eine entscheidende Rolle spielen.

Grenzen kommunalen Handelns

Kommunen sind vor Ort bei den Menschen. Sie können den Bürgern glaubwürdige Partizipationsangebote vermitteln und einen auch finanziellen Beitrag zur Verbesserung der Infrastruktur im Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsbereich sowie im gesamten Bereich des Wohnens und Verkehrs leisten.

In einigen Fällen reagieren Kommunen äußerst sensibel auf den Wunsch von Eltern nach dem Ausbau von Betreuungsinstitutionen. Das beste Beispiel ist Laer, wo die Kommune unter Einsatz erheblicher finanzieller Mittel in Kooperation mit der Bürgerschaft ein bedarfsdeckendes Angebot an Kinderbetreuung geschaffen hat. Ein anderes der Rhein-Kreis-Neuss, wo die Verwaltungsspitze alle verwaltungstechnischen Hürden für eine um zwei Jahre vorgezogene Schuleingangsuntersuchung beseitigt hat.

Aber Kommunen können kein flächendeckendes, qualitativ hochwertiges Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungssystem zur Verfügung stellen, das den Eltern unabhängig von Zufallsfaktoren die Sicherheit qualitativ guter Institutionen für ihre Kinder gibt. Im Kern bleibt die Stärkung von Kindern und ihren Eltern eine **gesamtstaatliche und -gesellschaftliche Aufgabe**.

Eine weitere Grenze familienfreundlicher Politik auf kommunaler Ebene liegt darin, dass Kommunen den Druck einer **strukturell familienfeindlichen Arbeitswelt nicht auffangen können**. Hier bedarf es einer entsprechenden Politik in den Betrieben und bei ihren Verbänden, die Kommunen höchstens vernetzend begleiten können. Hier ist mit den „Lokalen Bündnissen für Familien“ durch den Bund schon ein Konzept in der Umsetzung begriffen.

„Kuratorium Kinderfreundliches Stuttgart“

Wie die praktische Umsetzung von Familienpolitik als gesamtgesellschaftliche Aufgabe aussehen kann, zeigt die Stadt Stuttgart in Baden Württemberg. Im Jahre 2004 rief der Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster ein **Bürgerkuratorium** ins Leben mit dem

Ziel, die Stadtverwaltung tatkräftig dabei zu unterstützen, Stuttgart zur „Kinderwunschstadt“ zu machen. Mittlerweile gehören 68 Stuttgarter Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Politik, Kultur, Sport, Medien und Kirchen zum Kuratorium und gestalten in Arbeitsgruppen konkrete Projekte.

Beispielsweise engagieren sich zahlreiche Stuttgarter **Berufsmusiker als ehrenamtliche Musikpaten** in Kindertageseinrichtungen und leisten musikalische Früherziehung, *Theaterpaten* haben bereits mit über 1.000 Schülern/innen Aufführungen des Kinder- und Jugendtheaters besucht, außerdem hat das Kuratorium das **FamilienaboPlus** ins Leben gerufen, das für Eltern parallel zu Theateraufführungen eine qualifizierte Kinderbetreuung finanziert.

Vorbildlich ist auch das **Netzwerk von mehr als 50 Unternehmen** in Stuttgart und der Region, das auf Initiative des Kuratoriums entstand und die Schaffung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen in Betrieben und Universitäten erzielen möchte.

Das Kuratorium lobt seit 2005 einen **jährlichen Innovationspreis** für qualitativ hochwertige Arbeit in Stuttgarter Kitas, entwirft **familienfreundliche Hausordnungen** und erstellt in Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Ernährung und der Universität Hohenheim **Qualitätskriterien für ein gesundes Mittagessen** in Kitas und Schulen. In zehn Kindertageseinrichtungen wurden die Qualitätskriterien schon praktisch umgesetzt, in den nächsten Jahren werden weitere Einrichtungen folgen.

Aus den Mitgliedern des Kuratoriums formierte sich auch ein **Förderverein**, der die Projekte des Kuratoriums unterstützt, aber auch schnell und unbürokratisch hilft. Zur Zeit hilft der Förderverein von Erwerbslosigkeit betroffenen Familien bei der Finanzierung von Schulbüchern.

Literaturverzeichnis

Arbeitsgemeinschaft Architektenbüro Heller u. a. (Hrsg.): Autofrei wohnen: Erfahrungen & Trends autofreier Wohnprojekte. (<http://www.autofrei-wohnen.de>: 2006.)

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.): Die demographische Lage der Nation. Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 2006.

Bertram, Hans: Familien als Investoren erkennen. Interview. Bertelsmann Stiftung: Wegweiser Demographischer Wandel, 2006 (www.aktion2050.de/wegweiser).

Bildung in Deutschland. Im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld, 2006.

Breithecker, Dieter: Aktion Gesunder Kinderrücken – Ein Präventivkonzept zur Stärkung der inneren und äußeren Haltung. Bundesarbeitsgemeinschaft für Haltungs- und Bewegungsförderung e.V. (Hrsg.). www.bag-haltungundbewegung.de, 2004.

Caritas Europa-Studie: Migration, Endstation Armut? Brüssel, 2006.

Deutscher Präventionspreis 2006, Stärkung der Elternkompetenz in Schwangerschaft und früher Kindheit. Bertelsmann Stiftung in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und dem Bundesministerium für Gesundheit (Hrsg.). Oelde, 2006.

Mikrozensus 2005, Leben in Deutschland – Haushalte, Familien und Gesundheit, Ergebnisse des Mikrozensus 2005. Statistisches Bundesamt (Hrsg.). Destatis, Wiesbaden, 2006.

OECD (Hrsg.): Bildung auf einen Blick: OECD-Indikatoren 2005. OECD, Paris 2005.

OECD (Hrsg.): Studie - Vereinbarkeit von Familie und Beruf (2006a).

Medienbüro.sohn (Hrsg.). Pressemitteilung „OECD-Studie zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf“. Veröffentlicht auf openPR am 17.05.2006.

Plattform Ernährung und Bewegung e.V. (Hrsg.): Hintergrund und Ziel. <http://www.ernaehrung-und-bewegung.de>

Rhein-Kreis-Neuss / Kinder- und Jugendärztlicher Gesundheitsdienst (Hrsg.): Prokita-Ergebnisse 2005. Neuss, 2005.

Rhein-Kreis-Neuss (Hrsg.): Kindergesundheit im Rhein-Kreis-Neuss. Aktuelle Ergebnisse der Schulneulingsuntersuchung. Neuss, 2005.

Riegger, Stephan: Information zum Schulpaten GS Am Hollerbusch. Berlin: Grundschule am Hollerbusch, März 2006.

Robert Koch-Institut (Hrsg.): Schwerpunktbericht der Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Berlin, 2004.

Schlack, Hans, G.: Die neuen Kinderkrankheiten. Einflüsse der Lebenswelten auf Gesundheit und Entwicklung, herausgegeben von der Universität Heidelberg. Heidelberg, 2004.

Sell, Stefan: Der volkswirtschaftliche Nutzen der Kinderbetreuung, in: Christine Henry-Huthmacher (Hrsg.): Jedes Kind zählt: Neue Wege der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung, Zukunftsforum Politik Nr. 58, S. 52–73, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 2004.

Siebter Familienbericht: Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit – Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik und Stellungnahme der Bundesregierung. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), Berlin 2005.

Verbraucher-Zentrale Bundesverband (Hrsg.): Schuldenreport 2006. Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2006.

Die Autorin

Elisabeth Hoffmann, Consultant in Family Policy and Parenting, Gymnasiallehrerin, leitete das EU-Projekt „Soziale Ausgrenzung von Familien“. Ihr Arbeitsschwerpunkt ist die Beratung von Politik und Praxis bezüglich internationaler „best-practice“ der Familienunterstützung. Sie ist Mitarbeiterin im Team Frauen- und Familienpolitik, Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

(Kontakt per E-Mail: elisabeth.hoffmann@kas.de)